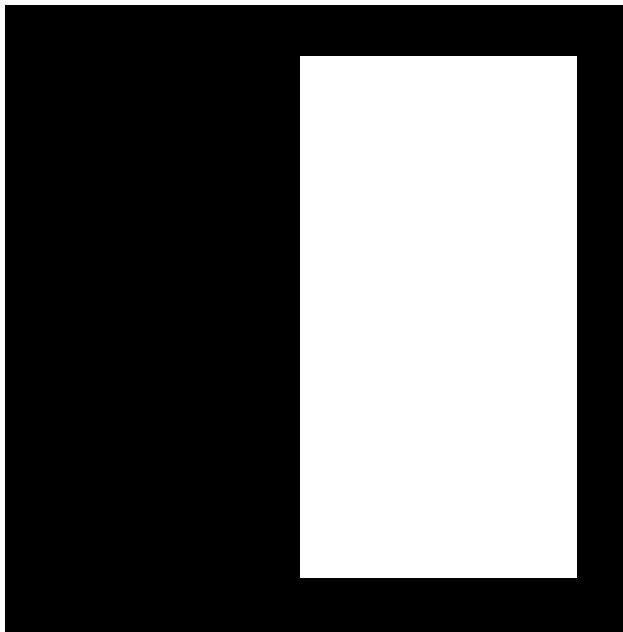


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



LEBENSLAGEN

SPEKTRUM

VERANSTALTUNGEN

9 | November 2006

Lebenslagen

Der Lebenslagenansatz in der Sozialforschung	5
Armut und Reichtum aus der Sicht allein erziehender Frauen	7
Verbesserung der Lebenslagen von Menschen mit Behinderung?	10
Chronisch krank	12
"Alles hat sich geändert"	15
Der typische jugendliche Drop-Out ist...	17

Spektrum

Leben mit und ohne Behinderung	22
Eine Lobby für arbeitslose Menschen	24
Prekäre Arbeitsverhältnisse in Italien	25
Armut und Obdachlosigkeit in Japan	26
Armutsgefährdung von Frauen in Österreich	28

Veranstaltungen	30
------------------------	-----------

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die vorliegende Kontraste-Ausgabe befasst sich schwerpunktmäßig mit dem so genannten Lebenslagen-Ansatz, einem qualitativ ausgerichteten Zugang in der Armutsforschung. Während herkömmliche Aussagen zu Armut und Armutsgefährdung primär auf die materielle Lage von Individuen, Familien und Haushalten abzielen, bindet der Lebenslagenansatz – als Begriff und Konzept der Sozialforschung – ökonomische, nicht-ökonomische und immaterielle Dimensionen gleichermaßen ein. Zur Charakterisierung von spezifischen Lebenssituationen werden neben dem Einkommen, das unzweifelhaft für viele Bereiche zentral ist, Indikatoren erhoben (wie z.B. Gesundheitszustand, Wohnverhältnisse, Arbeitsbedingungen), die Aufschluss über die Lebens- und Alltagssituation, über die Versorgungs- und Problemlagen, über gesellschaftliche Integration und soziale Partizipation, über individuelles Wohlbefinden und Zufriedenheit sowie über Handlungsperspektiven geben. Der Lebenslagenansatz geht weit über die konventionelle Armutsforschung hinaus, indem er sowohl objektive als auch subjektive Lebensbedingungen zu integrieren versucht.

Lebenslage wird damit zu einem multidimensionalen Begriff, der durch die Einbeziehung von unterschiedlich(st)en Bereichen die Komplexität der Lebenssituation und –bedingungen von Personen und Personengruppen, deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede, zu verorten ermöglicht. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die handelnden Personen, ihre personalen, sozialen und ökonomischen Ressourcen. Der Lebenslagenansatz ist daher ein wichtiges Instrument zur Analyse von gruppenspezifischen Lebensbedingungen. Er ist eine wesentliche Ergänzung einer oftmals auf Quantifizierung ausgerichteten Armut- und Ungleichheitsforschung.

Methodisch betrachtet erweisen sich diese Stärken des Lebenslagenansatzes zugleich als seine Schwächen. Indem er die Möglichkeiten von personalen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten einbezieht, besteht die Gefahr, dass zum einen sozialstrukturelle Rahmenbedingungen vernachlässigt werden. Schwierigkeiten liegen zum anderen in der Operationalisierung eines umfassenden, alle Dimensionen berücksichtigenden Konzepts, das es in der Regel

nicht erlaubt, eine große Anzahl von Personen einzubinden. Ein Anspruch auf Repräsentativität kann ob der Heterogenität der Lebenslagen nur selten gestellt werden, auch wenn typische Lebens- und Problemlagen anschaulich belegt werden können.

Der Ausgangspunkt der in den nachfolgenden Beiträgen dargestellten Analysen zu Lebenssituation und Lebenslagen von AlleinerzieherInnen, Menschen mit körperlichen Behinderungen, chronisch kranken Menschen, Drop-outs und psychisch Kranken war, Leben und Alltag von spezifischen armutsgefährdeten Gruppen näher zu beleuchten. Ziel war es, hinter die Kulissen der Statistiken zu schauen, da diese in der Regel keine Aussagen und Anhaltspunkte zulassen, wie Betroffene ihren Alltag meistern.

- Wie schätzen Armutsbetroffene ihre ökonomische Situation und damit einhergehend ihren finanziellen Handlungsspielraum ein?
- Was verbinden sie mit den Begriffen Armut und Reichtum?
- Wie zufrieden sind sie mit ihrem Beruf, ihrer Wohnung, ihrem familiären und sozialen Umfeld?
- Mit welchen Problemen sind sie konfrontiert?
- Wie bewältigen sie ihre Situation, was wirkt unterstützend, was hindernd?
- Was möchten sie verändern?
- Welche Perspektiven und Träume begleiten sie?

In Kooperation des Armutsnetzwerks Oberösterreich und der AK OÖ mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik wurde eine Projektgruppe ins Leben gerufen, die diesen Fragen mittels qualitativer Interviews näher zu kommen versuchte. Die im Zuge des Projekts erstellten Diplomarbeiten bilden die Grundlage für die Beiträge zum Themenschwerpunkt, die jeweils einen oder mehrere relevante Aspekte des untersuchten Bereichs behandeln. Eine ausführliche Dokumentation der Ergebnisse ist als WISO-Sonderheft erschienen (siehe Kasten).

Als Fazit des Projekts kann – ohne die einzelnen Beiträge vorwegnehmen zu wollen – festgehalten werden: Ob jugendliche SchulabbrecherInnen, Alleinerzieherinnen, Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, psychisch und/oder chronisch Kranke – alle Befragten nehmen ihre Lebenssituation und

Handlungsperspektiven unterschiedlich wahr. Zum Teil ist ihnen ihre schwierige Situation durchaus bewusst, zum Teil haben sie sich arrangiert und sind zufrieden, solange es halbwegs geht und sie über die Runden kommen. Manche sind enttäuscht, resigniert und fühlen sich im Stich gelassen, andere hingegen halten an ihren Träumen und Wünschen fest, auch wenn sich diese in absehbarer Zukunft nicht verwirklichen lassen. Diese Heterogenität darf dennoch nicht dazu verleiten, Lebenssituation und Lebensbedingungen als Einzelschicksal zu begreifen. Personale Handlungsressourcen sind zwar zur Bewältigung des eigenen Lebens enorm wichtig, sie sind aber ebenso wie die gesamte Lebenslage immer auch Produkt der Gesellschaft und deren struktureller Rahmenbedingungen, die es für armutsgefährdete Gruppen im Besonderen zu verbessern gilt.

Die Ergebnisse lassen Schlüsse zu, wie neben finanziellen Unterstützungen Menschen zu einem selbstbestimmten, abgesicherten und perspektivenreichen Leben verholfen werden kann. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird von allen Befragten als eine wesentliche und notwendige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und abgesichertes Leben definiert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit erwerb-

stätig sind, ob durch mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten „freiwillig“ auf Erwerbsarbeit verzichtet, durch schlechte Zeugnisse ein Eintritt in den Lehrlings- und Arbeitsmarkt verwehrt wird oder andere Arbeitsmarktbarrieren durch Behinderung und Krankheit auftreten. „Arbeit haben“ oder „keine Arbeit haben“ beeinflusst in maßgeblicher Weise nahezu alle anderen Lebenslagen. Besonders deutlich wird dies bei jenen, die schon längere Zeit erfolglos auf Stellensuche sind. Ebenso belastend werden, im konkreten von Menschen mit chronischen und/oder psychischen Krankheiten sowie von Menschen mit Beeinträchtigungen, die ihnen entgegen gebrachten Vorurteile sowohl bei der Jobsuche als auch im täglichen Leben erlebt. Sie führen nicht selten zum selbst gewählten Rückzug und mitunter zu sozialer Isolation und Ausgrenzung. Gesellschafts- und sozialpolitisch ist es daher geboten, Rahmenbedingungen für armutsgefährdete und ausgegrenzte Gruppen zu schaffen, die finanzielle Absicherung, Integration und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Faire Bildungschancen für alle, aktive Arbeitsmarktpolitik und Sensibilisierung gegen Stigmatisierung sind maßgebliche Bausteine dazu.

Christine Stelzer-Orthofer

WISO-Dokument Nr. 51: Lebenslagen von armutsgefährdeten Menschen

Im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich und dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Universität Linz unter der Leitung von Dr. Christine Stelzer-Orthofer haben sechs Diplomandinnen die Lebenssituation von jugendlichen Schulabbrechern, Alleinerzieherinnen, Mehrkindfamilien, Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und von psychisch und chronisch Kranken mittels Lebenslagenansatz untersucht. Im Zentrum der Befragung standen die Bereiche Gesundheit, Wohnen, Familie und Arbeit.

Ein zentrales Ergebnis über alle Gruppen hinweg war der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für so gut

wie alle eine Grundvoraussetzung dafür. Trotz des hohen Stellenwerts, „Arbeit zu haben“, werden von Menschen mit Beeinträchtigungen besonders die Vorurteile bei der Arbeitssuche und im Arbeitsleben als besonders belastend empfunden.

Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, wie wichtig es gerade in einer „Hochleistungsgesellschaft“ ist, den jeweiligen Lebenssituationen angepasste Arbeitsplätze mit einem ausreichenden Einkommen und den notwendigen Rahmenbedingungen wie ausreichende Kinderbetreuung, öffentliche Verkehrsmittel und Zugang zu Aus- und Weiterbildung zu schaffen.

Eine Zusammenfassung der einzelnen Diplomarbeiten wurde in der ISW-Publikationsreihe WISO-Dokumente, Nr. 51, veröffentlicht. Eine elektronische Fassung finden Sie auch auf der Homepage des ISW unter www.isw-linz.at.

Der Lebenslagenansatz in der Sozialforschung

Ein historischer Überblick

In den letzten Jahren wurde zwar der Begriff der Lebenslage wieder häufiger in der sozialwissenschaftlichen Literatur verwendet, dennoch gestaltet sich die Suche in fachspezifischen Nachschlagewerken als schwierig. Dies scheint zu überraschen, da die Grundidee der Analyse von Lebenslagen sowohl auf die „marxistische“ wie auch auf die „bürgerliche“ Soziologie zurückgeht. Bereits im Jahre 1845 veröffentlichte Friedrich Engels seine Arbeit „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, diesem Werk folgte 1894 eine Studie zu „Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter“ von Max Weber. Auch wenn sich der Begriff Lebenslage lange nicht zu einem eigenständigen Fachterminus entwickelt hat, lassen sich im Wesentlichen drei Phasen erkennen, in denen dieser Begriff aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Auf diese Entwicklungsstränge wird in den folgenden Ausführungen näher eingegangen.

Die Grundlegung bei Otto Neurath

Die Suche nach dem Ursprung des Lebenslagenansatzes führt meist zu den Arbeiten des Gesellschaftswissenschaftlers und Politikers Gerhard Weisser (1898–1989). Ursprünglich geht der Begriff jedoch auf den österreichischen Nationalökonom und Philosophen Otto Neurath (1882–1945) zurück. Neurath gilt als Begründer der Kriegswirtschaftslehre und veröffentlichte in diesem Zusammenhang 1909 seine ersten Arbeiten. Die Aufgabe der Kriegswirtschaftslehre sah Neurath vor allem darin, die Wirkungen zu untersuchen, die Kriege und Kriegsvorbereitungen auf den Wohlstand der Menschen ausüben. Durch die Untersuchungen des Lebensstandards in den Kriegen der letzten hundert Jahre kam Neurath zu dem – eher überraschenden – Ergebnis, dass Kriegsführung den Lebensstandard nicht beeinträchtigt, sondern allgemein erhöht habe. Neurath schrieb dies vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und hatte insbesondere den amerikanischen Bürgerkrieg und die napoleonischen Kriege im Auge. Im Zuge seiner Marktuntersuchungen zeigte sich, dass im Kriegsfall der Marktmechanismus weitgehend ausgeschaltet wurde. Geld spielt demnach nur mehr eine untergeordnete Rolle, da sich die Güterproduktion in erster Linie am Kriegsbedarf orientiert. Dadurch vollzieht sich eine tiefgehende Umwandlung der Wirtschaftsordnung und es

kommt zu großen Eingriffen in die Wirtschaftsautonomie. In einer solchermaßen sozialisierten Wirtschaft erhält nun das Konzept der Lebenslage, im Bereich der Planungsgrundlagen und Planungspolitik eine zentrale Bedeutung.

Um mit dem Lebenslagenansatz arbeiten zu können, schuf sich Neurath das *Begriffssystem* von „Lebensboden“, „Lebensordnung“ und „Lebenslage“. Den „Lebensboden“ definiert er als ein Stück Welt mit all seinen Bestandteilen, beispielsweise Wiesen, Äcker, Wohnraum, Werkzeuge usw. Unter „Lebensordnung“ versteht Neurath die Gesamtheit der Maßnahmen, Einrichtungen und Gebräuche eines Menschen oder einer Menschengruppe, das soziale Beziehungsgeflecht, das seiner Meinung nach durch den Lebensboden geprägt ist. Die „Lebenslage“ ist der Inbegriff all jener Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die Verhaltensweise eines Menschen, seinen Schmerz wie auch seine Freude bedingen. Wohnung, Nahrung, Kleidung, Gesundheitspflege, Bücher, Theater, freundliche menschliche Umgebung, all das gehört zur Lebenslage.

Neurath versuchte aufzuzeigen, dass die „Lebenslage“ immer auch von der Gesellschaft produziert wird und sich innerhalb der Lebensordnung entwickelt. Für ihn ist eine ungünstige Lebenslage wie beispielsweise Armut nicht das Ergebnis einer zufälligen Störung, sondern eine wesentliche Erscheinungsform der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung. Aus diesem Grund sah Neurath sich selbst als „Gesellschaftstechniker“, dessen Aufgabe es sei, die soziale Situation der Menschen zu verbessern.

Die Wendung bei Gerhard Weisser

Die Perspektive Weissers unterscheidet sich wesentlich von derjenigen Neuraths, denn der wissenschaftlich-politische Bezugsrahmen von Neurath ist eine anzustrebende sozialistische Gesellschaft. Bei Weisser steht hingegen die Sozialpolitik im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung im Mittelpunkt. Unter Sozialpolitik versteht Weisser nicht die Gesamtheit der Maßnahmen zur Gestaltung der Lebenslagen der Bevölkerung überhaupt, sondern nur die Gesamtheit der Maßnahmen zur Gestaltung der Lebenslagen der sozial Schwachen und Gefährdeten. Der Erkenntnisgegenstand der Untersuchungen bei Neurath ist die gesamte Bevölkerung, bei Weisser sind es hingegen sozial schwächere Bevölkerungsschichten. Das Individuum spielt bei Neurath nur eine korrektive Rolle, Weisser sieht es aber als Kernstück seines Lebenslagenansatzes.

Weisser beschreibt die Lebenslage als den Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die er bei unbehinderter und gründlicher Selbstbesinnung als bestimmend für den Sinn seines Lebens ansieht. Wenn Weisser wie hier von „*äußeren Umständen*“ als Konstituanten des Spielraums spricht, so hatte er die gesellschaftlichen Umstände, also Elemente der Sozialstruktur im Sinne. Unter Grundanliegen versteht er hingegen die „*unmittelbaren Interessen*“ eines Menschen, die Realisierung der Interessen sieht der betroffene Mensch als Sinn seines Lebens an, im positiven wie im negativen Sinne: Was erstrebt der Mensch und was versucht er zu vermeiden? Die Lebenslage eines Menschen umfasst somit mehr als die Bestimmung von Einkommen und Vermögenswerten. Weisser erläutert die „Lebenslage“ eines Menschen an folgendem Beispiel: Der Umstand, dass die Stellung eines Menschen im Wirtschaftsleben ausschlaggebend für seine Bedarfsdeckung mit Gütern ist, ist von Bedeutung, aber viel entscheidender ist, wie die Stellung im Wirtschaftsleben seine „immateriellen Bedürfnisse“ oder „unmittelbaren Interessen“ befriedigt.

Die zentrale Leistung Weissers für das Konzept der Lebenslage stellt die *Entwicklung eines Interessenkataloges im Zusammenhang mit der Teilnahme des Individuums am Wirtschaftsleben* dar. Diese positiven und negativen Interessen (wie z.B. Interesse am Einkommen oder Interesse an der Arbeitsfreude) lassen sich entlang der Handlungsperspektiven von Einzelpersonen systematisieren. Weisser hat somit die von Neurath geforderte Multidimensionalität um die *Frage des individuellen Handlungsspielraumes* erweitert. Draus ergibt sich aber auch das Problem der Operationalisierbarkeit des von ihm konstruierten Lebenslagenansatzes, da sie an die Individuen mit ihren unterschiedlichen Präferenzen gebunden ist.

Der Ansatz von Ingeborg Nahnsen

Es gab eine ganze Reihe von Versuchen, den Begriff der Lebenslage auf praktische Probleme und empirische Untersuchungen anzuwenden, doch das Weisser'sche Konzept setzte infolge seiner *Operationalisierbarkeit*mängel der Umsetzung Grenzen. Die Sozialwissenschaftlerin Ingeborg Nahnsen (1953–1996) griff aber Mitte der 1970er Jahre den Lebenslagenansatz Weissers als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen wieder auf. Sie wies dabei erneut auf die vernachlässigte gegenseitige Abhängigkeit der auf eine Lebenslage einwirkenden gesellschaftspolitischen Teilaspekte hin.

Nahnsen war der Ansicht, dass der Weg, wie ihn Weisser mit seiner Aufstellung eines Kataloges sozialpolitisch beachtlicher Interessen ging, weder notwendig noch wirklich realisierbar ist. Denn Interessen, die den Menschen ins Bewusstsein treten, sind geprägt durch ihre *sozialen Erfahrungen*. Die sozialen Existenzbedingungen können gerade so strukturiert sein, dass eine deformationsfreie Interessenreflexion nicht möglich ist. Dieser Weg birgt folglich die Gefahr, dass den Betroffenen Interessen aufgezwungen bzw. aufgedrängt werden, anstatt sie zu ermitteln. Aus diesem Grund müsse bei der empirischen Ermittlung nach den sozialen Bedingungen gefragt werden, unter denen die Interessen überhaupt ins Bewusstsein gelangen.

Am Begriff der Lebenslage hält Nahnsen trotz seiner Mängel fest. Er ist, so Nahnsen, dazu geeignet, die wechselseitigen Abhängigkeiten hervorzuheben, die oberflächlich als Fülle von Einzelproblemen gesehen werden, wie Arbeitslosigkeit, Umverteilung von Einkommen und Mitbestimmung, die aber allesamt der Sozialpolitik zugerechnet werden. Dadurch, dass diese scheinbar heterogenen Probleme immer wieder auf dieselbe Person einwirken können, wird deutlich, dass sie durch den systematischen Zusammenhang die Lebenslage jedes Betroffenen darstellen. Nahnsen ist weiters der Ansicht, dass es bei Aufrechterhaltung von Weissers sozialwissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Implikationen möglich ist, das Konzept von seinen Schwächen zu befreien.

Nahnsen begreift die Lebenslage als Spielraum, den die gesellschaftlichen Umstände dem einzelnen Individuum zur Entfaltung und Befriedigung seiner wichtigen Interessen bieten. Die Lebenslage stellt damit den Gesamtbegriff der sozialen Chancen des Einzelnen dar. Anders als Weisser geht Nahnsen bei der Definition der Lebenslage nicht nur von der Erfüllung von Grundanliegen aus, sondern bereits von deren Entfaltung im Bewusstsein des Einzelnen. Der Grundgedanke ist, dass es Umstände gibt (z.B. überschwere Arbeit), die nicht nur die Erfüllung von Grundanliegen verhindern können, sondern auch ihre Aktualisierung, ihre Entfaltung im Bewusstsein der Menschen beeinträchtigen oder sogar unmöglich machen können. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang auch die gesellschaftlichen Umstände, welche der oder die Einzelne auf sich allein gestellt nicht verändern kann.

Ihr modifizierter Lebenslagenansatz hat als Ziel die Ermittlung der sozial strukturierten Bedingungen, die später von ihr auch als „*Lebensgesamtchancen*“ bezeichnet werden. Um die Bedingungen, die durch den

Umfang der sozialen Chancen der einzelnen Personen festgesetzt werden, auch empirisch erfassen zu können, erschien es ihr zweckmäßig, die Vielzahl von Bedingungen zu *mehreren Einzelspielräumen* zusammenzufassen. Es sind dies:

- der Versorgungs- oder Einkommensspielraum
- der Kontakt- und Kooperationsspielraum
- der Lern- und Erfahrungsspielraum
- der Muße- und Regenerationsspielraum
- der Dispositionsspielraum

Diese Einzelspielräume ermöglichen eine Operationalisierung des Lebenslagenansatzes, da Nahsen den subjektiven Schwerpunkt Weissers gegen einen objektiven Schwerpunkt eingetauscht hat.

Abschließend lässt sich somit sagen, dass der Lebenslagenansatz zur Sozialstrukturanalyse der Gesellschaft ebenso herangezogen werden kann wie zur Diagnose der Lebenssituation einzelner Personen oder Personengruppen. Kritisiert kann an ihm aber die Tatsache werden, dass die empirische Bestimmung der Lebenslage an der Komplexität der Datenmengen scheitern muss und die Aussagekraft zudem von normativen Setzungen bzw. einem gesellschaftlichen Konsens wie z.B. der Armutsgrenze abhängig ist. Es ist auch noch kein theoretischer Ansatz entwickelt worden zur Bestimmung des Zusammenhanges von ökonomischen und sozialen Daten, in denen größere Einheiten repräsentiert werden, und der Ausprägung der individuellen Lebensverhältnisse. Der Lebenslagenan-

satz erhält somit vorerst eher den Charakter einer Leitidee, die in einigen Untersuchungen mehr oder weniger gut umgesetzt wurde.

Karina Kögl

Literatur

- Glatzer, W./Hübinger, W. (1990): Lebenslagen und Armut. In: Döring, D./Hanesch W./Huster, E. U. (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Voges, W./Jürgens, O./Mauer, A./Meyer, E. (2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Endbericht. Zentrum für Sozialpolitik. Universität Bremen.
- Hegelsmann, R. (1979): Otto Neurath: Wissenschaftliche Weltauffassung, Sozialismus und Logischer Empirismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Amann, A. (1983): Lebenslage und Sozialarbeit. Berlin: Duncker & Humblot.
- Nahsen, I. (1975): Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes. In: Osterland, M. (Hrsg.): Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Nahsen, I. (1992): Lebenslagenvergleich. Ein Beitrag zur Vereinigungsproblematik. In: Henkel, H.; Merle, U. (Hrsg.): „Magdeburger Erklärung“ – Neue Aufgaben der Wohnungswirtschaft. Regensburg: Transfer.
- Neurath, O. (1931): Empirische Soziologie. In: Frank, P./Schlick, M. (Hrsg.): Schriften zur wissenschaftlichen Weltauffassung. Wien.
- Neurath, O. (1979): Wissenschaftliche Weltauffassung. In: Hegelsmann, R. (Hrsg.): Otto Neurath: Wissenschaftliche Weltauffassung, Sozialismus und Logischer Empirismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Armut und Reichtum aus der Sicht allein erziehender Frauen

Da die Lebenslagen von Armut bedrohter Bevölkerungsgruppen hierzulande noch zu wenig erforscht sind, wurden vom OÖ Forschungsnetzwerk dahingehende Diplomarbeiten initiiert. Eine dieser Arbeiten befasst sich mit der Lebenslage von allein erziehenden Frauen. In den Interviews wurden die Frauen auch nach ihrer Interpretation der Begriffe „Armut“ und „Reichtum“ befragt. Die diesbezüglichen Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt.

Fast 16 Prozent aller Familien in Österreich sind Einelternfamilien, deren Anteil ist in den letzten Jahren

und Jahrzehnten stark gestiegen. Diese Familienform ist überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen, Einelternfamilien haben eines der niedrigsten Haushaltseinkommen aller Familien, sie sind dadurch auch ausgabenseitig sehr stark eingeschränkt. In der österreichischen Gesamtbevölkerung sind insgesamt 13 Prozent armutsgefährdet. Bei den Alleinerziehenden liegt der Anteil der von Armut bedrohten Personen jedoch bei 31 Prozent. Im Jahr 2003 waren beispielsweise 89.000 Alleinerziehende armutsgefährdet (vgl. BMSG 2004, S. 220).

Die konkreten Lebenssituationen von Betroffenen unterscheiden sich sehr stark, es gibt also nicht die „typische“ Einelternfamilie. Die soziale, berufliche und auch finanzielle Situation ist abhängig von verschiedensten Faktoren, beispielsweise davon, ob es sich um ledige, geschiedene oder verwitwete Alleinerziehende handelt und wie alt die Kinder sind (vgl. Beham 2000, S. 154). Allerdings muss sich ein Großteil der Einel-

ternfamilien mit verschiedenen finanziellen Einschränkungen sehr genau auseinandersetzen.

Subjektive Armutsdefinitionen

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, wie allein erziehende Frauen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen die Begriffe „Armut“ und „Reichtum“ definieren. Die Antworten unterscheiden sich je nach den Erfahrungen, der Betroffenheit und den Einschätzungen der Frauen sehr stark voneinander und geben einen Einblick in das „Alltagsverständnis“ von Reichtum und Armut.

Einige allein erziehende Frauen bringen in ihren Armutsdefinitionen vor allem ihre eigenen Erfahrungen zum Ausdruck. Sie haben finanziell prekäre und an-

dere einschneidende Situationen erlebt und betrachten daher die Begriffe Armut und Reichtum aus persönlicher Perspektive:

„Armut ist... das ist psychisch eine absolut schlimme Erfahrung. Armut ist das Schrecklichste, was es gibt, für einen Menschen selber. Ich kann nur subjektiv von mir ausgehen. Trotzdem muss man versuchen, das Gute an allem zu sehen, sonst springt man wo runter. Vielleicht ist es leichter, wenn du irgendwo in den Slums unter Tausenden von Armen lebst, dann ist das einfach so. Aber hier leben und auf den Spielplatz gehen und die Kinder dort essen das und das und ich weiß nicht, wie ich der F. überhaupt was zu essen geben soll. Und auch wissen, ich habe nur mehr altes Brot daheim und am Abend gibt es Butterbrot und sonst nichts.“ (Frau N.)

„Armut haben wir eigentlich am eigenen Leib erfahren, ich habe nicht gewusst, was ich ihnen zu essen geben soll. Wir haben tagelang nur von Marmeladenbrot gelebt. Weil ich nichts anderes kaufen habe können, bis dann einmal alles ins Rollen gekommen ist. Das ist für mich Armut. Reichtum ist... grade wie es heuer im Sommer war beim S. Ich war sicher der reichste Mensch der Welt, als sie mir meinen Buben zurückgegeben haben im Spital, weil alles gut gegangen ist. [...] Du musst wirklich erst einmal ein Kind haben und so viele Stunden bangen um sein Leben, dass du das nachvollziehen kannst. Und das ist für mich der Reichtum und nicht das Geld. Ich meine, Geld braucht man, das ist klar. Aber kein Leben kannst du dir kaufen.“ (Frau F.)

Frau C. definiert sehr klar, welche (materiellen) Aspekte sie an ihrer eigenen Situation als Armut bezeichnen würde:

„Für die K. nicht sofort ein Rad kaufen zu können, auch wenn sie eines braucht, ist Armut. Dass wir uns wirklich schon jahrelang keinen Urlaub leisten können, das ist Armut. Und eigentlich, dass wir eine zu kleine Wohnung haben, das ist Armut. Und dass wir hauptsächlich ungeeignetes Mobiliar haben und dass ich mir keine Haushaltshilfe leisten kann, ist auch Armut bzw. Überanstrengung dann im Endeffekt. Und dass ich zum Beispiel zur Homöopathin gehe und sie mir das stundet, weil ich nicht sofort zahlen kann, das ist auch Armut. Dass ich auch weiß, ich habe diese Schulden und muss sie zurückzahlen. Und draußen in der Küche der Wasserhahn gehört repariert und das ist Armut.“ (Frau C.)

Auch andere Frauen betrachten Armut und Reichtum eher materiell und gehen von einem „Sich-leisten-

Forschungsdesign

Alleinerziehende gehören zu den armutsgefährdetsten Familienformen in Österreich. Um einen Einblick in die Lebenswirklichkeit und Lebenslage alleinerziehender Frauen in Oberösterreich zu ermöglichen, führte Klara Breuer im Rahmen ihrer Diplomarbeit mit dem Titel „Lebenslage Alleinerziehend – Einblicke in den Alltag von Einelternfamilien“ eine qualitative Befragung in Form von Leitfadenterviews durch. Untersuchungsinteresse war, die Lebenssituation allein erziehender Frauen zu erfassen und ihre Schwierigkeiten in Bezug auf die finanzielle Lage, die Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. darzustellen.

Es wurden zehn Interviews geführt, diese dauerten jeweils etwa zwei Stunden. Alle Interviews fanden in den Wohnungen/Haushalten der Befragten statt, um die Alltagssituation besser erfassen und auch um die gesamte Wohnsituation einbeziehen zu können. Es wurden zehn allein erziehende Frauen befragt, fünf dieser Frauen stammen aus dem Bezirk Rohrbach, fünf aus der Stadt Linz. Damit war eine regionale Differenzierung (Stadt-, Landbezirk) gewährleistet. Es wurden nur Frauen befragt, die zumindest ein Kind unter zehn Jahren haben. Diese Frauen sind noch unmittelbar für die Betreuung der Kinder verantwortlich, deshalb erscheint deren momentane Situation aussagekräftiger. Die Hälfte der befragten Frauen war berufstätig, die anderen fünf Frauen bezogen ihr Einkommen aus verschiedenen sonstigen Quellen.

Können" aus, allerdings haben sie nach eigener Aussage Armut nie am eigenen Leibe erfahren:

„Arm bin ich, jetzt rein finanziell gesehen, wenn ich wirklich mit alltäglichen Dingen, die ein Mensch braucht, um einen menschenwürdigen Lebensstandard zu haben, finanziell überfordert bin. Dass man sich keine geheizte Wohnung in halbwegs gutem Zustand leisten kann, also wenn's schimmelt, keine Heizung drinnen ist, oder wenn's nass durchgeht. Dass man sich kein Essen leisten kann, es soll drinnen sein, dass du dir deinen Kaffee leisten kannst und für die Kinder Saft, dass du normal kochen kannst, dass du dir Gewand zum Anziehen kaufen kannst, das nicht NUR gebraucht ist, nicht immer Second Hand oder geschenkt. Und dass den Kindern eine Ausbildung finanziert werden kann, wenn das nicht ist, wenn ich zu meinen Kindern sagen muss: ‚Ich kann es mir nicht leisten, dass du studieren gehst‘, dann ist das für mich arg und traurig. Oder bei uns heroben, wenn ich sagen muss, ich kann mir kein Auto leisten, ohne Auto könnte ich meinen Job vergessen, das ist bei den meisten Jobs so da heroben. Das wäre für mich Armut, also mir mein alltägliches Leben, ohne Annehmlichkeiten wie Fitnessstudio oder so, nicht mehr leisten zu können.“ (Frau P.)

„Arm ist für mich jemand, der sich schwer etwas zu essen leisten kann. Leute, die kein Dach über dem Kopf haben. Und reiche Leute sind solche, die sich alles leisten können. Ich zähle mich auch nicht gerade zu den Armen, ich habe meine Wohnung, ich habe mein Essen, ich habe das, was ich brauche. Zwar nicht übermäßig, aber ich habe es. Als arm würde ich mich nie bezeichnen. So Mittelmaß.“ (Frau E.)

„Wer seine alltäglichen Bedürfnisse in einem guten Rahmen abdecken kann, der ist reich. In einem guten Rahmen, gutes, regelmäßiges Leben, ein bisschen Eigentum, einen guten Job.“ (Frau M.)

Weiteres Verständnis von Reichtum

Ein weiteres Verständnis von materiellem Reichtum ist, diesen Reichtum mit anderen Menschen teilen zu können. Wie zwei weitere Frauen findet auch Frau T. in dieser Vorstellung ihre Definition:

„Reich ist jemand, der aus dem Vollen schöpfen kann, z.B. wenn es darum geht, jemand anderen zu unterstützen. Das wäre für mich eine schöne Vorstellung. Genug Geld zu haben, dass ich jemandem, der es braucht, was geben kann. Wo man nicht groß nachdenken braucht.“ (Frau T.)

Reichtum wird von einigen Frauen sehr wohl auch von einem emotionalen Standpunkt aus gesehen. Nicht nur Materielles spielt eine Rolle, auch seelisches Wohlbefinden und Zufriedenheit können dazu führen, dass sich jemand als „reich“ bezeichnet:

„Reichtum wäre eher emotional. Emotional sind meine Kinder natürlich reich, auf einer anderen Ebene. Gesundheit ist auch Reichtum. Und auch Entspannung oder Muße oder Zeit haben zu können, ist Reichtum. Das Leben genießen und vielleicht auch mal eine Woche in den Schnee fahren mit den Kindern und einmal ans Meer. Und ich würde mir schon manchmal ein Auto wünschen, weil es schon oft kompliziert ist ohne. Und nicht manchmal Rückenschmerzen haben vor Sorge und Überlegungen, das wäre Reichtum.“ (Frau C.)

„Was mein seelisches Wohlbefinden und das ganze Rundherum betrifft, würde ich sagen, ich bin ein reicher Mensch. Vom Finanziellen her könnte ich auch nicht sagen, dass ich arm wäre. Es geht uns gut, es ist zwar öfter ein wenig zum Sparen, aber ich denke, das müssen andere Leute auch. Umso mehr Geld man hat, desto unzufriedener ist man. Das ist meine Einstellung, ich sehe mich als reichen Menschen.“ (Frau Q.)

An prekäre Situation gewöhnt

Alleinerziehende sind durch ihre teilweise sehr prekäre finanzielle Situation an ein „Haushalten“ mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gewöhnt. Die Einzelternschaft ist zwar nicht verbunden mit einer spezifischen finanziellen Situation, allerdings gehen doch einige Probleme und Nachteile damit einher. Eine ausgabenseitige Einschränkung (oft kein Urlaub, keine unerwarteten Ausgaben möglich) und eine teilweise Dreifachbelastung (Beruf, Haushalt, Familie) sind Aspekte der Einzelternschaft. Die Gedanken, die sich die Frauen zu den Begriffen „Armut“ und „Reichtum“ gemacht haben, geben einen Einblick in die Lebenswirklichkeit der Frauen und ihre Betrachtungsweisen. Obwohl einige der befragten Frauen mit Armut Erfahrungen gemacht haben, sehen nicht alle Alleinerziehenden ihre Situation negativ. Allgemein kann bei den befragten Alleinerziehenden eine durchschnittliche Lebenszufriedenheit beobachtet werden.

Klara Breuer

Literatur

Beham, Martina: Einzelternfamilien – Probleme und Chancen einer verbreiteten Familienform. In: Amt der Oö. Landesregierung (Hrsg.): Oö. Familienbericht 2000. Linz 2000. S. 154 – 160

Verbesserung der Lebenslagen von Menschen mit Behinderung?

Anfang dieses Jahres trat das Bundesbehindertengleichstellungspaket in Kraft. Welche Meinungen die Betroffenen dazu haben und wie es sich auf die verschiedenen Lebenslagen auswirkt, diskutiert Daniela Punzenberger in ihrer Diplomarbeit „Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt. Eine qualitative Analyse der Lebenslagen anhand des Faktors Arbeit“.

Mit 1. Jänner 2006 ist das Behindertengleichstellungspaket, bestehend aus dem neuen Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, der Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz und der Novelle zum Bundesbehindertengesetz, in Kraft getreten. Dieses Gesetz ist mit einiger Verspätung beschlossen worden, denn es hätte bereits im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB) 2003 beschlussfertig sein sollen. Der Schwerpunkt des *Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG)* liegt darin, die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen im Allgemeinen¹ gesetzlich zu verankern und dadurch abzubauen.

Gemäß § 1 ist es Ziel des BGStG, „die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen oder zu verhindern und damit die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.“ (§ 1 BGStG).

Im Rahmen der Diplomarbeit zum Thema „Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt“ wurden anhand von Interviews mit betroffenen Männern und Frauen mit Beeinträchtigung die verschiedenen Lebenslagen analysiert. Wie sich das neue Gesetz auf drei dieser Lebenslagen auswirkt bzw. auswirken soll, wird im Folgenden anhand von Aussagen der Interviewten diskutiert.

Lebenslage Alltag

Besonders im täglichen Leben sind Menschen mit Behinderung mit Problemen konfrontiert. Viele der Befragten, vor allem die RollstuhlfahrerInnen, erklärten, dass alles im Vorhinein genau abgeklärt und geplant sein muss, bevor man eine Erledigung, einen Einkauf oder Sonstiges erfolgreich durchführen kann. Aber

nicht nur Probleme bei der Mobilität und bauliche Barrieren erschweren den Alltag, auch Integrationsprobleme in die Gesellschaft stellen ein Hindernis bei der Bewältigung des Lebens dar. Diese Schwierigkeiten sollen mithilfe des BGStG minimiert bzw. beseitigt werden.

Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung basieren oft auf *mangelnder Barrierefreiheit*. Als barrierefrei gelten gemäß § 6 Abs 5 BGStG z.B. bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, etc., wenn sie für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind (vgl. § 6 Abs 5 BGStG). Grundsätzlich kann gesagt werden, dass sich die Situation der eingeschränkten Mobilität und Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderung in den letzten Jahren zum Beispiel durch die Niederflertechnik der öffentlichen Verkehrsmittel und durch barrierefreies Bauen verbessert hat.

Trotzdem ist noch vieles in diesem Bereich zu tun, wie das Beispiel der Nutzung der ÖBB zeigt: Für Peter H. (41) ist der Kampf mit der Mobilität ein täglicher. Er ist Rollstuhlfahrer und fährt mit der ÖBB zu seinem Arbeitsort: *„Bei der Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel gibt es schon Probleme, tagtäglich. Das ist mit sehr viel organisatorischer Arbeit verbunden, ist mit sehr vielen Komplikationen verbunden, zu jedem muss man ‚Bitte‘ sagen. Das läuft so ab, dass ich mich vorher rechtzeitig anmelde und mir jemand mit einem speziellen Hebeliftgerät hilft, dass ich die Höhe des Einstiegs vom Zug erreiche.“*

Die Einstellung der Befragten zu diesem Thema ist, obwohl es immer wieder Einschränkungen (vor allem in Geschäften und Lokalen) gibt, generell sehr positiv, auch weil man hier hohe Erwartungen an das BGStG stellt, die in den kommenden Jahren sicherlich eingefordert werden. Denn bei Verletzung des Diskriminierungsverbotes soll die betreffende Person Anspruch auf Ersatz des Vermögensschadens und auf eine Entschädigung für die erlittene persönliche Beeinträchtigung (immaterieller Schaden) haben (vgl. § 9 Abs 1 BGStG).

Lebenslage Wohnen

Auch der Bau von barrierefreien Wohnungen ist in den letzten Jahren fortgeschritten. *„Ich lebe in einer 80 m² Wohnung alleine und habe das Glück gehabt, dass ich in die Planung der Wohnung miteinbezogen wurde, dass man auf meine Bedürfnisse größtenteils Bezug nehmen hat können“*, sagt Peter H. Oft ist es je-

doch so, dass hier der städtische Bereich bevorzugt ist. Der 21-jährige Tobias T. leidet unter spastischer Tetraparese und sitzt im Rollstuhl. Er wohnt im Mühlviertel in einer Mietwohnung: *„Unsere Wohnung ist nicht gerade behindertengerecht. Aber in meinem Heimatort gibt es keine behindertengerechten Wohnungen.“*

Der Wunsch nach einer eigenen Wohnung ist unter den Befragten sehr groß, da dies gleichzusetzen ist mit mehr Selbstbestimmung und dem Führen eines „normalen“ Lebens, was auch primäres Ziel des BGStG ist. Um dies zu erreichen, gibt es die *Möglichkeit der persönlichen Assistenz*, die auch von den interviewten Personen genutzt und sehr positiv bewertet wird. Markus S. (28) leidet an spastischer Tetraplegie und sitzt im Rollstuhl: *„Ich wohne hier in einer Genossenschaftswohnung alleine mit dem Unterstützungsmodell der persönlichen Assistenz, stundenweise für die Grundversorgung und Mobilität, wie Autofahren und so,“* erzählt Markus S. (28).

Die behindertengerechte Gestaltung des Wohnraums ist also von großer Bedeutung. Sie ermöglicht soziale und gesellschaftliche Integration für Menschen mit Behinderung. *„Das ‚Ausgesperrtsein‘ aus der gebauten Umwelt bewirkt nicht nur eine unmittelbare Einschränkung, sondern bedeutet sehr oft auch das Vorenthalten wesentlicher Menschenrechte.“* (Badelt/Österle, 1993: 125). Das BGStG soll dem entgegenwirken.

Lebenslage Arbeit

Diskriminierung im Erwerbsleben ist eine Tatsache, die trotz des Behinderteneinstellungsgesetzes (BEinstG) noch immer nicht beseitigt werden konnte. Vor allem hier wird die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft, wie sie im BGStG gefordert wird, nicht gewährleistet. Dies ist auch die Meinung der interviewten Personen. Ob sich hier in den nächsten Jahren etwas bedeutend verbessert, wird bezweifelt. Besonders die Anfang des Jahres gestartete Werbekampagne des Bundes zur Einführung des BGStG, derzufolge Menschen mit Behinderung in Führungspositionen keine Minderheit mehr darstellen, wird als nicht realistisch eingestuft: *„Die Werbekampagne im Fernsehen finde ich total unrealistisch. Es gibt ein paar wenige, die das schaffen können, die gibt es aber jetzt auch schon“,* so der blinde 35-jährige Thomas V. Auch Tobias T. (21) ist skeptisch: *„Realistisch oder nicht? Ja und Nein. Ich hoffe es, aber ich kann es mir nur zu 50 Prozent vorstellen, dass es so kommt, wie es angepriesen wird. Lassen wir uns überraschen.“*

Als großes Problem bei der Jobsuche gelten noch immer bauliche Barrieren, wie die Interviewten bestätigen: *„Oder sie haben keinen Platz für mich, oder keine Toilette, oder es ist kein Lift da“,* ärgert sich die 25-jährige arbeitslose Rollstuhlfahrerin Doris N. über die vielen Absagen. Auch Peter H. kann dies bestätigen: *„Ich habe zwar eine Menge Bewerbungen abgeschickt, aber in erster Linie war immer das Problem: bauliche Barrieren. So ist es auch nie zu weiteren Vorstellungsgesprächen gekommen, weil es immer hieß, dass ‚grundsätzlich Interesse besteht, Sie kennen zu lernen, aber wegen baulicher Barrieren oder fehlender sanitärer Einrichtungen können wir Sie bei uns nicht beschäftigen.“* Auch hier soll das BGStG Abhilfe schaffen. Ob dies realistisch ist, wird sich erst in einigen Jahren zeigen.

Fazit

Das BGStG wird grundsätzlich sowohl positiv als auch negativ gesehen. Was es wirklich bringen wird und ob es sich bewährt, wird man erst in einigen Jahren sagen können. Diejenigen Befragten, die sich mit dem Gesetz schon beschäftigt haben, zweifeln derzeit noch an der Wirkung und sind sich einig, dass noch viel Verbesserungspotential darin stecken würde.

Der 41-jährige Rollstuhlfahrer Peter H. ist für die Öffentlichkeitsarbeit in einer Behindertenorganisation in Linz zuständig und hat sich schon eingehend mit der Thematik beschäftigt: *„Ein massiver positiver Schritt war das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz, wobei ich glaube, dass das noch massive Schwächen hat, weil das im Alltag noch kaum Konsequenzen hat für die Betroffenen, noch kaum spürbar ist. Ich denke, man hätte das von vorne herein nicht so schwach ausrichten dürfen, sondern man hätte strafbare Maßnahmen und konkretere Sachen festlegen müssen.“*

Vor allem der Mediationsprozess wird in diesem Zusammenhang kritisiert: *„Z.B. sich gegen Diskriminierung zu wehren und zuerst einen Mediationsprozess leisten zu müssen und dann noch nicht einmal auf Unterlassung, sondern (bloß) auf Schadenersatz klagen zu können, das finde ich enorm schwach. Damit kann man nicht wirklich was bewegen in der Gesellschaft“,* sagt der 28-jährige Markus S.

Der blinde Thomas V. (35), derzeit arbeitslos, meint dazu: *„Das ist ein hohler Behälter, der jetzt noch gefüllt wird nach den Vorstellungen der Wirtschaftskammer und der Wirtschaft und nicht wirklich nach den Vorstellungen von Behinderten. Natürlich muss man einen Kompromiss finden, das ist klar. Aber der*

Kompromiss schaut jetzt einfach so aus, dass es keinen Kompromiss gibt.“

Antidiskriminierung sei ja gut und schön, so der allgemeine Tenor, aber eigentlich sei es schade, dass man so ein Gesetz überhaupt braucht. Wenn sich in den Köpfen der Menschen nichts ändert, sind sich alle Befragten sicher, wird auch dieses Gesetz nicht viel bringen.

Daniela Punzenberger

Anmerkung

- 1 Im BEinstG gibt es zwar auch eine Antidiskriminierungsklausel. Diese bezieht sich aber explizit nur auf den Bereich der Arbeitswelt.

Chronisch krank

Immer mehr Menschen leiden an chronischen Krankheiten. Die Ursachen für chronische Krankheiten können krankheitsbedingt, unfallbedingt und/oder aufgrund einer psychischen Beeinträchtigung auftreten. Die verursachenden Probleme für die Krankheit sind meist schon weiter zurückliegend, werden aber erst viel später bewusst wahrgenommen, erst dann, wenn sich die gesundheitliche Beeinträchtigung im Arbeitsleben oder in der Familie auswirkt. Die Bewältigung der Schmerzen und der damit verbundenen Probleme im Alltag erfolgt auf verschiedene Art und Weise. Einerseits durch Verdrängen, andererseits stellen sich die PatientInnen aktiv der Krankheit und versuchen, ihr schwieriges Leben der alltäglichen Situation anzupassen. In den meisten Fällen sind psychische Beeinträchtigungen Auslöser oder Verstärker für die chronische körperliche Krankheit.

Die Medizin wird durch zwei grundlegende Begriffe geprägt, durch „Gesundheit“ und „Krankheit“. Im Alltag werden diese beiden Begriffe häufig verwendet, doch eigentlich ist unklar, was mit diesen wirklich gemeint ist. Die Begriffe werden in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen unterschiedlich beschrieben,¹ in

Literatur

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2000):

Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf. http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/pdf/legisln/2000_78_de.pdf (07.06.2006).

Badelt, Christoph/Österle, August (1993): Zur Lebenssituation behinderter Menschen in Österreich. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wien/Graz: Universitätsbuchdruckerei Styria.

BMSG (2005): Regierungsvorlage Behindertengleichstellungsgesetz. Wien. http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXII/I/I_00836/fname_036804.pdf#search=%22Behindertengleichstellungsgesetz%22 (18.09.2006).

Egger, Johann (2005): Das Arbeits- und Sozialrecht der EU und die österreichische Rechtsordnung. 2. neu überarbeitete Auflage. Wien: ÖGB-Verlag.

der Gesellschaft immer wieder neu definiert und auch mit einem sich verändernden Bedeutungsgehalt hinterlegt. Zur Bewertung von Gesundheits- und Krankheitszuständen im Alltag sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend: Art und Dauer bereits erlittener Erkrankungen, Lebensgeschichte, Geschlecht, Alter, Persönlichkeit und auch vorherrschende Wissenschaftstheorie.²

Krankheiten werden als chronisch typisiert, wenn sie sich langsam entwickeln und zumindest sechs Monate andauern, meist aber ein Leben lang vorhanden sind. Der Begriff „chronisch“ stammt aus dem Griechischen (chronos = die Zeit) und bezieht sich auf die Dauer einer Erkrankung. Dies sagt aber noch nichts über Art und Auswirkungen der dauerhaften Erkrankung auf die Betroffenen aus. Viele der chronischen Krankheiten führen zu funktionellen Einschränkungen, so genannten Fähigkeitsstörungen (disabilities) und sozialen Beeinträchtigungen (handicaps). Erkrankungen können körperlich oder psychisch ausgeprägt sein.³

Im Rahmen eines Projektes des Forschungsnetzwerkes Oberösterreich in Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (Johannes Kepler Universität Linz) sollten die Lebenslagen verschiedener Personengruppen erforscht und untersucht werden. Thema des vorliegenden Beitrages sind die Lebenslagen von chronisch kranken SchmerzpatientInnen, die nicht nur körperlich unter der Krankheit leiden, sondern auch auf sozialer und gesellschaftli-

cher Ebene Beeinträchtigungen hinnehmen müssen. Diese äußern sich einerseits ökonomisch etwa durch Verlust des Arbeitsplatzes, andererseits im gesellschaftlichen Bereich durch Isolation, Stigmatisierung oder familiäre Probleme.

Durch eine exemplarische qualitative Untersuchung an zehn chronisch kranken SchmerzpatientInnen sollten verschiedene Bereiche der jeweiligen Lebenssituation beleuchtet werden. Zu Beginn der Untersuchung wurde angenommen, dass der Zugang zu den ärztlich diagnostizierten PatientInnen nur schwer zu finden ist, bzw. war es fraglich, ob die PatientInnen auch bereit sind, ausreichend über ihre chronischen Leiden zu sprechen. Schließlich konnten einerseits Kontakte durch eine im Krankenhaus Grieskirchen tätige diplomierte Gesundheits- und Krankenschwester hergestellt werden und andererseits stellte sich heraus, dass einige Personen im Verwandten- und Freundeskreis bereits eingehende Erfahrung mit chronischen Krankheiten in der eigenen Familie gemacht haben, sich deshalb teilweise für die Interviews zur Verfügung stellten und/oder Kontakte zu weiteren chronischen SchmerzpatientInnen vermittelten.

Die Befragten sind zwischen 22 und 58 Jahre alt. Um einen Vergleich zwischen den Aussagen zu schaffen, wurde die Auswahl der Befragten eingeschränkt. Zum einen sind Personen mit Schädigungen oder Beeinträchtigungen im Bereich des Bewegungsapparates und zum anderen PatientInnen mit körperlichen neurologischen Schmerzen Gegenstand der Untersuchung. An einem biographischen Interviewleitfaden orientiert wurden die zehn PatientInnen unter anderem über die bisherige Lebensgeschichte, die Erkrankung, den Alltag, ihre Situation als chronisch Kranke, über Vor- oder Nachteile gegenüber gesunden Menschen, Stigmatisierung, die Sicht der Angehörigen über die Krankheit und die dadurch verursachten Probleme und ihre Perspektiven und Zukunftspläne befragt. Vor allem die jeweilige subjektiv empfundene Lebenssituation und eine etwaige Stigmatisierung sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Soziale und materielle Situation begleitet von Armut

Die PatientInnen fühlen sich großteils durch ihre körperlichen Beschwerden nicht oder kaum in der Ausübung des Berufes oder alltäglicher Tätigkeiten eingeschränkt. Aber durchwegs alle Befragten sagen aus, dass die Lebensbewältigung natürlich auch wesentlich von der materiellen Situation abhängt. Die PatientInnen betonen die Wichtigkeit des Arbeitsplatzes. Einige der PatientInnen sind vollbeschäftigt, einige

halbtags, ein Patient steckt gerade in einem Arbeitszeitmodell, zwei PatientInnen absolvieren noch eine Ausbildung. Ein Patient ist arbeitslos. Die Befragten haben entweder eine Lehre abgeschlossen, berufsbildende Schulen besucht oder befinden sich noch in Ausbildung. Zum Zeitpunkt der Befragung konnten alle PatientInnen ihre Grundbedürfnisse decken.

Wichtig für die Beurteilung von Lebenslagen und Krankheit sind in diesem Zusammenhang unter anderem das Verständnis und die *Beurteilung von Armut und Reichtum*. Die PatientInnen wurden gefragt, was sie sich unter den beiden Begriffen vorstellen und wie wichtig Armut oder Reichtum für ihr Leben und für die Bewältigung der derzeitigen Situation ist. Erstaunlicherweise gaben alle zehn Befragten an, dass darunter einerseits natürlich materielle Werte zu verstehen seien, andererseits dürfe aber nicht nur diese Sichtweise von Wichtigkeit sein, sondern es müssen auch die sozialen und immateriellen Komponenten betrachtet werden. Zur materiellen Armut bzw. zum materiellen Reichtum sagten die chronisch Kranken aus, dass es heutzutage nur noch Arm oder Reich gibt. Ein richtig solides Mittelmaß (im Sinn von Mittelstand) gibt es heutzutage kaum mehr. Das Streben nach mehr und die Unzufriedenheit mit dem, was man hat, zeigen auf, dass wir in einer Wohlstandsgesellschaft leben. Einige der Befragten meinten, es sei schade, dass man heutzutage nicht mehr mit dem zufrieden ist, was man hat, sondern immer mehr will. Nach Aussagen der Befragten ist die soziale bzw. gesellschaftliche Armut aber noch viel schlimmer zu verkraften. Das gilt nicht nur für die PatientInnen, auch dazu befragte Angehörige teilen dieses Urteil. Für viele der Befragten ist gesellschaftliche Isolation eine der schlimmsten Formen von sozialer und gesellschaftlicher Armut.

Stigmatisierung

Die Reaktion der Mitmenschen auf Erkrankungen ist oft ein großer Schock für die Betroffenen. Besonders, wenn sich Bekannte oder die Familien von den PatientInnen abwenden, macht das nicht nur ihnen, sondern auch ihren Angehörigen zu schaffen. Menschen können vielfach nicht mit einer solchen Situation umgehen und wenden sich daher lieber ab.⁴

Fühlen sich chronische SchmerzpatientInnen stigmatisiert? Nicht nur die materielle, sondern auch die Veränderung der sozialen Situation bereitet den Betroffenen Probleme. Die PatientInnen treten oftmals nicht an die Öffentlichkeit mit ihren Schmerzen oder Sorgen. Nicht nur die körperlichen Beschwerden, sondern auch in der Folge psychische Beeinträchtigun-

gen lassen die PatientInnen davor zurückschrecken. Aus Angst, als „Jammerlappen“ oder „Heulsuse“ dazustehen, sprechen chronisch Kranke nicht über ihre Beschwerden. Viele PatientInnen sind sich der Tatsache bewusst, dass mit der chronischen Krankheit auch psychische Beeinträchtigungen einhergehen, oder wechselwirkend die psychischen Unzulänglichkeiten körperlichen Schaden hervorrufen. Alleine die Tatsache, krank zu sein, verheimlichen viele Menschen vor Familie, FreundInnen und ArbeitskollegInnen. Sind darüber hinaus auch psychische Probleme vorhanden, wird dies meist verschwiegen, aus Angst vor den Reaktionen der näheren Umwelt.

Unsere Gesellschaft schafft Mittel zur Kategorisierung von Personen und Attribute dazu. Man macht Annahmen darüber, was unser Gegenüber sein sollte. Wir sind uns aber oft nicht bewusst, dass wir damit eigentlich Anforderungen an unser Gegenüber stellen. Fremde können eine Eigenschaft besitzen, die sie von den anderen in derselben Personenkategorie unterscheidet, etwa kann diese Person aufgrund ihrer Eigenschaften als gefährlich, schlecht, oder schwach angesehen werden, weil sie entweder ein vom normalen sozialen Verhalten abweichendes und gefährliches Verhalten an den Tag legt oder durch (angeborene) Krankheit im täglichen Leben beeinträchtigt ist oder einer kulturellen Minderheit angehört. Die Vorstellung, die man an diese Person gestellt hat, kann nicht erfüllt werden und somit wird sie von einer ganzen Person zu einer beeinträchtigten Person herabgemindert. Dies nennt man *Stigma*. Solche negativen Attribute werden auch Fehler, Unzulänglichkeit oder Handikap genannt. Anspruch und Wirklichkeit unterscheiden sich somit voneinander.⁵

Einerseits erfahren die PatientInnen keine negativen Erlebnisse, zumindest nicht offen, auch wenn Personen in ihrer näheren Umgebung von der Krankheit und ihren Auswirkungen wissen. Andererseits haben sie Angst vor Stigmatisierung, beißen die Zähne zusammen, offenbaren sich fast keinem. Die engsten Bezugspersonen sind am ehesten noch in der Familie zu finden, ihnen teilen sie ihre Krankheitsbeschwerden, Befürchtungen vor den Folgen und Auswirkungen auf das berufliche Leben mit.

Am meisten Angst haben die PatientInnen vor der gesellschaftlichen Isolation, die oftmals mit chronischen Krankheiten einhergeht. Würde die Unterstützung seitens der Familie oder der FreundInnen nicht bestehen, fühlten sie sich alleine gelassen und hätten keine AnsprechpartnerInnen, denen sie sich anvertrauen können. Fast allen Befragten ist schon alleine

mit Gesprächen zu Vertrauten geholfen, dies sehen sie als eine Art Befreiung, die Annahme von professioneller Hilfe im Sinne von psychologischer oder psychiatrischer Beratung wurde nur von einem Patienten bis jetzt in Erwägung gezogen und auch in Anspruch genommen. Aufgrund der Befragung konnte der Eindruck gewonnen werden, dass die Inanspruchnahme dieser Form der Unterstützung eher im Verborgenen als offen erwogen wird. Wird professionelle ärztliche Hilfe in Anspruch genommen, passiert dies zumeist weiter entfernt vom Heimatort, beispielsweise in Rehabilitationseinrichtungen, wo auch das körperliche Leiden gelindert werden kann.

Fazit

Die Lebenslagen der befragten chronisch Kranken unterscheiden sich in vielen Bereichen. Einige sind jung, andere in der Lebensmitte oder auch älter. Einige studieren oder absolvieren den Präsenzdienst, andere sind erwerbstätig, ein Teil ist arbeitslos oder durch Altersteilzeit de facto schon im Ruhestand. Dennoch gibt es *einige Gemeinsamkeiten*. Neben der zentralen Dimension, nämlich der Bewältigung der Herausforderungen in Beruf und/oder Alltag trotz der auftretenden Schmerzen, messen alle Befragten ihrem Beruf einen hohen Stellenwert bei. Sie gehen gerne arbeiten. Durchwegs haben Angehörige, Bekannte oder FreundInnen gut auf die Krankheit reagiert.

Wenn auch nur wenige Befragte über stigmatisierende Erlebnisse berichten – dies spielt sich meist nicht offen, sondern im Verborgenen ab – zeigt sich, dass nicht wenige Befragte ihre gesundheitlichen Probleme vor der Öffentlichkeit verstecken. Die Angst, als unzuverlässige oder schlechte Arbeitskraft abgestempelt zu werden sowie davor, die Umwelt mit den eigenen Schmerzen zu belasten, sind mitverantwortlich für das Verheimlichen eines schmerzvollen Lebens. Dies führt zum Teil zum selbst gewählten Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben, das in der Folge auch in der extremsten Form zu gesellschaftlicher Isolation führen kann.

Wünschenswert wäre daher mehr Aufklärungsarbeit, auch im Hinblick auf seltenere, nicht sichtbare und schwer zu diagnostizierende Krankheiten. Was die Zukunft betrifft, so wünschen sich die Befragten eine Stabilisierung ihres Gesundheits- respektive Krankheitszustandes. Kaum jemand rechnet ernsthaft mit einem zukünftigen Leben ohne Schmerz.

Andrea Haslinger

Anmerkungen

- 1 Vgl. Siegrist 1995, S. 199ff
 2 Vgl. Hörning 2002, S. 16f
 3 Vgl. Schwarzer/Höhn-Beste 2002, S. 125
 4 Vgl. Weiss 2001, S. 13
 5 Vgl. Goffman 1975, S. 9ff; vgl. auch Finzen 2001, S. 27

Literatur

- Finzen, Asmus: Psychose und Stigma. Stigmabewältigung – zum Umgang mit Vorurteilen und Schuldzuweisung. Bonn: Psychiatrie 2001
 Goffman, Erving: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1975
 Hörning, Martin: Grundlagen der Sozialmedizin – Gesund-

- heit, Krankheit, Behinderung, Public Health. In: Schwarzer, Wolfgang (Hrsg.): Lehrbuch der Sozialmedizin für Sozialarbeit, Sozial- und Heilpädagogik. 4. Aufl. Dortmund: Modernes Lernen Borgmann Publishing GmbH & Co KG 2002. S. 13 – 30
 Schwarzer, Wolfgang/Höhn-Beste, Martina: Chronische Erkrankungen und Körperbehinderungen. In: Schwarzer, Wolfgang (Hrsg.): Lehrbuch der Sozialmedizin für Sozialarbeit, Sozial- und Heilpädagogik. 4. Aufl. Dortmund: Modernes Lernen Borgmann Publishing GmbH & Co KG 2002. S. 125 – 176
 Siegrist, Johannes: Medizinische Soziologie. 5. Aufl. München, Wien, Baltimore: Urban & Schwarzenberg 1995
 Weiss, Helga: Ich kann dir helfen. Tipps und Ratschläge für Angehörige chronisch kranker Menschen. o.O., Freya 2001

„Alles hat sich geändert“

Zur Lebenslage psychisch kranker Menschen

Statistisch gesehen leidet jede/r Vierte einmal im Leben an psychischen oder neurologischen Störungen. Allein in Europa kämpfen heute mehr als 33 Millionen Menschen mit Depressionen, Tendenz steigend: 2020 sollen Depressionen Prognosen zufolge die zweithäufigste Ursache von Krankheit und Behinderung sein.¹

Angesichts dieser Entwicklung scheint die hartnäckige Tradierung von Vorurteilen gegenüber psychischen Erkrankungen und damit einhergehend die Ausgrenzung der Betroffenen unverständlich. Am Beispiel zehn konkreter Biographien wurde versucht, die reale(n) Lebenssituation(en) psychisch kranker Menschen nachzuzeichnen.² Behandelt wurden dabei die Dimensionen bzw. Lebenslagen Arbeit/Beruf, Einkommen, Wohnen, Familie/soziales Umfeld sowie Stigmatisierung/Diskriminierung. Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung steht die Dimension Arbeit/Beruf im Folgenden im Mittelpunkt.

„Wenn du den ganzen Tag daheim bist und immer vorstellen gehst zu den Firmen und dann immer wieder Absagen bekommst – das ist nicht das Wahre.“ (Walter, 28)³

So unterschiedlich die Biographien psychisch kranker Menschen in manchem auch sind, eines haben fast alle gemeinsam: immer wiederkehrende, vorübergehende und/oder langfristige Erwerbslosigkeit. In einer Gesellschaft, in der sich vieles von „Arbeit“ ableitet – materielle Sicherheit, sozialer Status, Selbstwert, etc.

– ist dies für die/den Einzelne/n fatal: Mit der Arbeit/Berufstätigkeit geht ein zentraler Teil der Identität verloren.⁴

Es ist daher kein Zufall, dass sich gerade dann, wenn der Arbeitsplatz verloren geht, soziale Unsicherheiten und Ängste massiv verstärken. So sehr, dass alltägliche Aktivitäten – der Besuch, der Einkauf, der Behördengang – zu unüberwindlichen Hindernissen werden. Der damit verbundene Stress führt viele psychisch kranke Menschen letztlich in die „selbstgewählte“ Isolation.

Wie schon angedeutet, bewirkt der Verlust von Arbeit auch den des existenzsichernden Einkommens. Damit einher geht nicht „nur“ eine Minderung der Lebensqualität – die Betroffenen, zumal sie psychisch krank sind, laufen Gefahr, langfristig in die Armut abzurutschen.

Franz ist heute 60, er bezieht seit zehn Jahren eine monatliche Pension von 630 Euro (13. und 14. Pensionszahlung nicht berücksichtigt). Zusätzlich erhält er 90 Euro Wohnbeihilfe. Für seine 45-Quadratmeter-Wohnung bezahlt Franz jeden Monat 171 Euro Miete plus 27 Euro für Strom sowie 57 Euro für Gas. Seine monatlichen Fixkosten belaufen sich demnach auf 255 Euro. Bleiben ihm noch 465 Euro – für Essen, Kleidung, Freizeit und seine Katze. Weder die dringend notwendige Renovierung seiner Wohnung noch eine Schuldenregulierung – sein Schuldenstand beläuft sich auf rund 36.000 Euro – sind ihm möglich. Vor kurzem erst hat er sich ein Bett gekauft, in dem er nun endlich gut schläft. Eingezogen ist er vor fünf Jahren...

„Mit diesen Medikamenten ist es immer schlechter geworden – auch körperlich [...] Die Betreuer haben dann gesagt, ich soll jetzt mal in der Pension bleiben. Jetzt sind es schon zehn Jahre [...]“ (Michaela, 41)

Kurzfristige Jobs, Leasingarbeiten und – immer wieder – Erwerbslosigkeit; für viele psychisch kranke Menschen ist die vorzeitige Pensionierung irgendwann der letzte Ausweg. Am Ende diverser medizinischer und beruflicher Rehabilitationsmaßnahmen steht eine ärztliche Untersuchung und die „geminderte Arbeitsfähigkeit“ ist amtlich. ArbeiterInnen haben dann Anspruch auf eine Invaliditäts-, Angestellte auf eine Berufsunfähigkeitspension.⁵ Der Richtsatz dieser Alters-, Korridor- oder Invaliditätsbeziehungsweise Berufsunfähigkeitspensionen beläuft sich auf 690 Euro pro Monat. BezieherInnen, deren Pensionen darunter liegen, können eine Ausgleichszulage beantragen.⁶

Zwar sichern diese Transferleistungen die materielle Basis – mehr schlecht als recht –, doch hat dies eine Kehrseite: Die endgültige berufliche Desintegration häufig noch sehr junger Menschen wirkt sich äußerst negativ auf ihren Selbstwert aus und zieht häufig ihre gesellschaftliche Isolation nach sich.

„Wenn ich ehrlich bin, würde ich das nicht mehr schaffen – 40 Stunden auf keinen Fall.“ (Michaela, 41)

Die primäre Herausforderung einer (Re-)Integration psychisch kranker Menschen in den Arbeitsmarkt liegt in der Vermittlung von Beschäftigungsverhältnissen, deren Anforderungen sie auch dauerhaft gewachsen sind. Oft aber werden Jobs offeriert, die weder ihrer Leistungsfähigkeit noch ihren individuellen Problemlagen entsprechen. Eine Kündigung nach der anderen und damit verbundene persönliche Rückschläge sind die Folge.

Nicht die Quantität, sondern die Qualität der angebotenen Beschäftigungsverhältnisse entscheidet über das Gelingen der dauerhaften beruflichen Integration psychisch kranker Erwerbsloser. Darüber hinaus braucht es dazu meist aber noch etwas: begleitende Maßnahmen, die auf die persönliche Stabilisierung der KlientInnen abzielen. Das Angebot reicht von sozialökonomischen Betrieben über Arbeitstrainingzentren bis hin zu Arbeitsassistenten.

„Ich bin in der Tagesstruktur [...] ich mach da Gartenarbeiten – Hecken schneiden, Rasen mähen, ...“ (Karl, 40)

Die persönlichen und sozialen Fähigkeiten (wieder) zu entwickeln und zu stärken, sind Ziele der „tagesstrukturierenden Maßnahmen“. Sie richten sich an jene psychisch kranken Menschen, deren Integration in

den ersten Arbeitsmarkt nicht (mehr) möglich ist. Neben psychosozialer Betreuung werden den KlientInnen stundenweise Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten. Sie reichen von der Mitarbeit im Café, der Tischlerei, Druckerei und Wäscherei bis zur Keramikwerkstatt und anderen Betätigungsbereichen.⁷

„Eine Tagesstruktur ist für mich ein avantgardistisches Projekt, weil dort genau das vorgelebt wird, was die Menschen eigentlich brauchen [...]. Die [...], die in die Tagesstruktur gehen, haben sozusagen eine psychosoziale Kalkulation aufgestellt: [...] ich habe dort eine Tagesstruktur, ich habe dort soziale Netzwerke – die meisten gehen eigentlich in die Tagesstruktur, weil sie die sozialen Kontakte schätzen und nicht, weil sie unbedingt Geld verdienen wollen, sie kriegen etwas Taschengeld. Das sind die Faktoren, warum die Leute [...] sich dort sehr wohl fühlen. Weil sie dort die Rahmenbedingungen vorfinden, die sich viele Menschen, die in einem Arbeitsprozess stehen und krankmachende Bedingungen haben, eigentlich wünschen würden“, so Christian Rachbauer von pro mente Oberösterreich.⁸

„Solange ich gesund war, war eigentlich nichts schwierig, ist alles normal gegangen. Du wirst ja nicht psychisch krank geboren. Das kommt einfach daher.“ (Karl, 40)

Psychisch krank zu werden ist eine Zäsur. Es ist ein Bruch auf familiärer, gesellschaftlicher und beruflicher Ebene: Krankenhausaufenthalte und Medikamente, der Verlust des Arbeitsplatzes, der Familie, der FreundInnen, das Scheitern der Beziehung – eines reiht sich an das andere. Eine psychische Erkrankung zwingt die meisten, ein neues Leben zu beginnen.

Dass psychisch kranke Menschen „Reichtum“ und „Armut“ primär nicht auf materieller Ebene interpretieren, überrascht zunächst; allein die Erklärung dafür leuchtet ein: „Reich“ sein heißt für die meisten, selbstständig und selbstbestimmt leben zu können. Es geht darum, gesund zu sein, Menschen um sich zu haben und in einer eigenen Wohnung zu leben.

„In meinem Ort hab ich nicht mehr leben können, weil am Land, wenn du psychisch krank bist, da bist du ja deppert oder ein Narrenhäusler [...] Da bin ich nach Linz. Da bist du anonym, da geht's besser.“ (Karl, 40)

Wenn das Betreuungsangebot in den vergangenen Jahren auch kontinuierlich ausgebaut wurde, muss wegen des starken Anstiegs psychischer Erkrankungen dennoch von einer schlechten Versorgungslage die Rede sein. Zumal das Gros der Einrichtungen in

den größeren Städten angesiedelt und in ländlichen Gemeinden eine mehr oder weniger „Null-Versorgung“ traurige Tatsache ist. Sieben der zehn interviewten Personen übersiedelten primär ihrer Erkrankung wegen nach Linz. Ihre Beweggründe: das nichtvorhandene Betreuungsangebot in ihrer Heimatgemeinde und/oder ihrem Bundesland und/oder ihre soziale Ausgrenzung im ländlich strukturierten Raum.

Um die Lebenslage psychisch kranker Menschen weiter zu verbessern, sind die politischen AkteurInnen und relevanten EntscheidungsträgerInnen aufgefordert:

- präventive Maßnahmen konsequent zu stärken
- mit gezielter Informations- und Aufklärungsarbeit der Stigmatisierung psychisch kranker Menschen nachhaltig entgegenzuwirken
- die Versorgungsdichte vor allem in ländlichen Regionen weiter zu erhöhen
- die (Re-)Integration psychisch kranker Menschen in den primären Arbeitsmarkt zu professionalisieren
- psychisch kranken Menschen, für die keine Integration in den primären Arbeitsmarkt (mehr) möglich ist, spezielle Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten und auch entsprechend zu honorieren
- die Partizipationsmöglichkeit psychisch kranker Menschen auszuweiten, ihnen beispielsweise am

– kommunalen – Wohnungsmarkt Priorität einzuräumen, um den Betroffenen eine weitgehend selbstständige Lebensführung zu ermöglichen

Nicole Sonnleitner

Anmerkungen

- 1 vgl. Weltgesundheitsorganisation Europa, Psychische Gesundheit in der europäischen Region der WHO, Kopenhagen 2003, S.1f
- 2 Biographische Interviews mit fünf Frauen und fünf Männern im Alter zwischen 28 und 60 Jahren bildeten die empirische Grundlage meiner Diplomarbeit, welche die Lebenslagen psychisch kranker Menschen in Oberösterreich beleuchtet.
- 3 Um die Anonymität der interviewten Personen zu wahren, wurden ihre Namen geändert.
- 4 vgl. Seckendorf C., Bedeutung von Arbeit für Psychiatrie-Erfahrene. In: Edition Pro Mente, Integration durch Wohnen?, Bonn 1998, S. 48f
- 5 vgl. Pensionsversicherungsanstalt, Information für Bezieher einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension, Wien 2006, S. 3
- 6 vgl. Pensionsversicherungsanstalt, Ausgleichszulage, Wien 2006, S. 1f
- 7 vgl. Sozialplattform Oberösterreich, Sozialratgeber 2005, Linz 2005, S. 53f
- 8 Experteninterview Rachbauer Christian, Geschäftsführer pro mente Oberösterreich, 04.07.2006

Der typische jugendliche Drop-Out ist ...

Warum eine differenzierte Betrachtung im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit notwendig ist

Drop-Outs sind AbsolventInnen von Sonderschulen oder HauptschülerInnen mit einem negativen oder sehr schlechten Abschlusszeugnis, die vom Antritt einer Berufsausbildung ausgeschlossen und ohne Erstausbildung bleiben. Ihnen bleibt der Start in ein geregeltes, sicheres Berufsleben verwehrt. Der Anteil der Risikogruppe „Drop-Outs“ wird in Österreich auf rund fünf Prozent geschätzt. Das heißt, jedes Jahr ist mit ca. 5.000 PflichtschulabgängerInnen zu rechnen, deren Aussicht auf eine Lehrstelle äußerst gering ist.¹

Überdurchschnittlich viele Drop-Outs finden sich in den AMS-Statistiken:² Sechs Prozent der arbeitslos

gemeldeten Jugendlichen und elf Prozent der Lehrstellensuchenden oder SchulungsteilnehmerInnen sind dieser Risikogruppe zuzurechnen. Dagegen kommen nur 1,9 Prozent der SchülerInnen der ersten Berufsschulklassen aus der Sonderschule oder haben keine Hauptschulabschluss.³ Alle diese Zahlen berücksichtigen nicht jene, die einen formalen Hauptschulabschluss, jedoch nur mit schlechten Noten, vorweisen können.

Interviews mit jugendlichen Drop-Outs

Der „typische“ jugendliche Drop-Out, wie ihn sich die Öffentlichkeit vorstellt, ist männlich, stammt aus instabilen Familienverhältnissen mit Migrationshintergrund, war schlicht zu faul zum Lernen und zudem ein sozial auffälliger Schüler. Er ist „selbst schuld“ an seiner Misere, auch weil er nur mangelndes Interesse an einer Lehrstelle zeigt und keine Selbstverantwortung wahrnimmt. Andere, z.B. strukturelle Ursachen, werden nicht hinterfragt.

Eine nähere Beschäftigung mit jugendlichen Drop-Outs zeigt freilich ein differenzierteres Bild. Für eine exemplarische Erhebung ihrer Lebenslagen wurden von mir elf Jugendliche befragt. Die Jugendlichen, fünf davon weiblich, sind zwischen 15 und 20 Jahre alt und leben im oberösterreichischen Zentralraum. Vier haben Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte kommt tatsächlich aus instabilen oder ökonomisch prekären Familienverhältnissen. Fast alle HauptschulabsolventInnen haben ein positives Abschlusszeugnis, wenn auch mit schlechten Noten. Überraschend viele, nämlich sieben von elf, darunter auch die beiden SonderschülerInnen, haben die Vorschule besucht. Die meisten von ihnen waren daher nicht in der Polytechnischen Schule. Drei der Befragten sind obdachlos, zwei haben eine eigene Wohnung.

Einige haben schon Berufserfahrung sammeln können, konnten jedoch keine Lehre abschließen. Die meisten nehmen an AMS-Kursen teil oder sind zumindest arbeitslos gemeldet.

Alle verbindet die Einsicht, dass für die Erfüllung ihrer Lebensziele und -träume ein Beruf notwendig ist. Besonders Alexander⁴, 19, leidet unter den vergeblichen Bemühungen um einen Arbeitsplatz. „*Ich hätte halt gern eine fixe Arbeit, abgeschlossene Ausbildung, weil Hilfsarbeiter ist nix gscheit's.*“ Schließlich möchte er eine Familie gründen und ernähren können. Seine bis-

herigen Arbeitgeber schätzten ihn zwar als fleißigen Arbeiter, doch für eine Lehre kommt er aufgrund seiner kognitiven Schwächen nicht in Frage.

Analyse der defizitären Lebensbereiche

Bei einer problemlösungsorientierten Betrachtung des Problems drängen sich folgende Fragen auf: Wie stehen die Chancen der einzelnen Jugendlichen, der Drop-Out-Falle zu entkommen? In welchen Lebensbereichen gibt es Defizite, die sich hemmend auf die Integration in den Arbeitsmarkt auswirken? Dies festzustellen bedarf einer möglichst objektiven Bewertung der Umstände, welche die Jugendlichen in ihre Situation gebracht haben.

Ein nützliches Instrument dafür ist der Drop-Out-Faktor, der basierend auf die Nutzwertanalyse entwickelt wurde. Die Nutzwertanalyse ist ein Managementinstrument, das besonders geeignet ist, „weiche“, also nicht in Geld oder Zahlen messbare Kriterien gegeneinander abzuwägen.⁵ Der Drop-Out Faktor zeigt, in welchem Maße die Voraussetzungen für einen Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt erfüllt werden und in welchen Lebensbereichen Defizite vorliegen. Dazu werden verschiedene Lebensbereiche analysiert und entsprechend ihrer angenommenen hemmenden Wirkung auf eine Eingliederung in den Arbeitsprozess prozentuell gewichtet. Das Ergebnis:

Tabelle 1: Charakterisierung der Befragten

	Alter	weiblich	Migrationshintergrund	Instabiles Elternhaus	ökon. Krise	Vorschule	Sonderschule	Hauptschulabschluss	Poly freiwillig	Klasse wiederholt	lebt eigenständig	Berufserfahrung	Lehrzeit absolviert	Lehre abgeschlossen	momentaner Status*
Mateja	18	x	x	x		x		x	x	x					AMS
Alexander	19					x	x					x			AMS
Pascal	17			x	x			x			x				AL
Thomas	17			x	x						x				?
Niko	15		x	x		x			x	x					SCH
Benjamin	15					x		x				x			AL
Manuel	20				x	x		x		x	x	x	x		AMS
Madalena	16	x						x							AMS
Marja	17	x	x	x	x	x	x		x	x					AMS
Cristina	18	x	x		x	x		x		x	x	x			AMS
Desiree	19	x			x			x			x	x	x	x	AL

* Status: SCH = noch in der Schule, AMS = AMS-Maßnahme, AL = arbeitslos bzw. lehrstellensuchend gemeldet, ? = nicht gemeldet

- Ausbildungserfolg: 30 Prozent
- Familiäres Umfeld: 22 Prozent (familiales Rollensystem: 13 Prozent, sozioökonomische Stellung der Eltern: 9 Prozent)
- Migrationshintergrund, Diskriminierung und Ausgrenzung: 20 Prozent
- eigene materielle Unabhängigkeit: 10 Prozent
- Geschlecht: 5 Prozent
- Stellenwert von Lehrstelle und Beruf: 5 Prozent
- einseitige Berufsvorstellungen: 5 Prozent
- Vorstrafe: 3 Prozent

Den größten Einfluss auf eine Drop-Out-Karriere hat zweifellos der Ausbildungserfolg. Die Zeugnisnoten entscheiden darüber, ob Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten oder nicht. Für Magdalena, 16, kam diese Einsicht zu spät: *„Ich war so unendlich faul! [lacht]. Ja, mich hat nix gefreut. Aber jetzt bereu' ich das. Weil jetzt hätte ich sicher schon eine Arbeit, wenn ich ein besseres Zeugnis hätte.“*

Die anderen Lebensbereiche wirken zumindest indirekt auf die Drop-Out-Gefahr. Am stärksten wird dabei die Familie als wichtigste Sozialisationsinstanz bewertet. Die Eltern prägen ihre Kinder, indem sie Informationen zur Lebensführung, Lernen, Berufsentscheidungen strukturieren und bewerten, ermutigen oder davon abraten.⁶ Sie beeinflussen den Schulerfolg durch ihre Lernunterstützung und durch ihre Vorbildwirkung als Berufstätige.⁷ Die sozioökonomische Situation und die berufliche Stellung der Eltern entscheiden unter anderem über die schulische Performance.⁸

Ähnlich wird der Migrationshintergrund gewichtet. Die sprachlichen und kulturellen Nachteile und die nach wie vor herrschende Diskriminierung von „AusländerInnen“⁹ tragen zu einem Fünftel zu einer Drop-Out-Karriere bei. Mateja, 18, kann von Schwierigkeiten bei den Hausaufgaben berichten: *„Sie (meine Mutter) kann es mir ja nicht erklären. Weil wenn sie es mir erklärt, dann erklärt sie es so, wie sie es in Serbien gelernt hat. Und des ist ja nicht so. Z.B. dividieren tut sie ganz anders, mit dem Aufschreiben, als wir in Österreich.“*

Jugendliche streben nach Selbstständigkeit. Manche der Befragten leben ihre Unabhängigkeit in einer eigenen Wohnung aus. Doch die damit verbundenen finanziellen Belastungen können sich als Hemmschuh für die Berufsausbildung entwickeln, wenn der Druck zu groß wird und sich die Konzentration mehr auf den unmittelbaren Lebensunterhalt als auf eine langfristi-

gen Berufsausbildung richten muss. Cristina, 18, hat große finanzielle Probleme: *„Weil jetzt muss ich selber für mich sorgen [...] und das Geld reicht nicht. Das ganze Geld geht in die Wohnung. Wenn ich mir zu essen kaufe, ist alles weg.“*

Für jedes Kriterium wurde anschließend einzeln ermittelt, in welchem Ausmaß jede/r Jugendliche das jeweilige Kriterium erfüllt (Erfüllungsgrad). Dabei ist weniger die Zahl an sich wichtig als das Verhältnis aller Jugendlichen zueinander. Der Sonderschüler Alexander, 19, z.B. kann keinen Hauptschulabschluss vorweisen und erfüllt das Kriterium „kein Hauptschulabschluss“ zu 100 Prozent. Pascal, 17, hat einen positiven Abschluss mit guten Noten, er erfüllt das Kriterium daher zu 0 Prozent.

Nach der Bestimmung des Erfüllungsgrads wird dieser mit der Gewichtung multipliziert. Niko, 15, zum Beispiel ist vorbestraft. Die Gewichtung 3 wird mit dem Erfüllungsgrad von 100 Prozent multipliziert. In der Kategorie „Vorbestraft“ erreicht Niko somit 3 Punkte. Schließlich werden alle erreichten Punkte in den verschiedenen Kategorien aufsummiert. Die jeweilige Gesamtpunkteanzahl ergibt den individuellen Drop-Out-Faktor: Je niedriger der Drop-Out-Faktor, desto wahrscheinlicher ist eine (dauerhafte) Integration in den Arbeitsmarkt.

Interpretation der Berechnungen

Den höchsten Drop-Out-Faktor (siehe Tabelle 2) weist der 17jährige Thomas mit 51,3 Punkten auf. Besonders hemmend wirken sich sein vorzeitiger Schulabbruch, seine Heimkarriere und die starken Konflikte mit der Familie aus. Zudem ist er obdachlos. Er sieht seine aktuelle Lebensweise als eine Übergangs- und Orientierungsphase und ist stolz darauf, keine staatlichen Transferleistungen zu beziehen. Wollte er wieder bei den Eltern einziehen, müsste er sich ihren Outfit-Vorstellungen anpassen: *„Keine langen gefärbten Haare, keine schwarzen Klamotten, keine Piercings mehr“.* Dazu ist er, zumindest bislang, nicht bereit.

Mateja, 18, Marija, 17, und Cristina, 18, sind die nächsten in der Reihung. Alle drei haben Migrationshintergrund. Bei Mateja, 18, wirken die familiäre Situation und das schlechte Abschlusszeugnis zu gleichen Teilen. Marija, 17, hingegen ist als Sonderschülerin mit Lernschwächen besonders benachteiligt. Sie gibt dennoch nicht auf und möchte unbedingt den Hauptschulabschluss nachholen, obwohl ihr die Umwelt wenig zutraut: *„Die Leut' haben immer gesagt, das schaffst du nicht, du bist so schwach. Das ist schwer, wenn'st immer nur das hörst.“*

Tabelle 2: Drop-Out-Faktoren der befragten Jugendlichen

Kriterien/Indikatoren	Mateja	Alexander	Pascal	Thomas	Niko	Benjamin	Manuel	Magdalena	Marija	Cristina	Desiree
Geschlecht	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Migrationshintergrund	8,9	0,0	3,0	3,0	4,4	0,0	0,0	0,0	5,9	9,5	3,0
soz.-ök. Stellung d. Eltern	4,7	1,5	3,0	1,3	1,7	0,7	1,7	3,2	4,2	3,2	9,0
Familiales Rollensystem	12,8	3,2	13,0	13,0	0,4	0,0	6,0	4,8	6,5	0,0	4,8
Ausbildungserfolg	12,8	21,0	3,5	17,0	8,0	9,4	8,0	8,0	22,0	9,4	0,0
Stellenwert von Lehrstelle und Beruf	2,5	0,0	1,0	5,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Einseitige Berufsvorstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	2,5	0,0	2,5	5,0	1,5	5,0	0,0
lebt eigenständig	0,0	0,0	10,0	9,0	0,0	0,0	7,0	0,0	0,0	7,0	10,0
Vorbestraft	0,0	0,0	3,0	3,0	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
DROP-OUT-FAKTOR	46,7	25,7	36,5	51,3	20,0	10,1	25,2	27,0	45,1	39,1	31,8

Am Ende des Rankings steht Benjamin, 15, er weist den niedrigsten Drop-Out-Faktor auf. Einzig seine mangelnden Leistungen in der Schule stehen einer beruflichen Ausbildung im Wege. Seine Chancen auf eine Lehrstelle sind im Vergleich zu den anderen am höchsten. Er hat auch große Pläne: „Ja, dass ich mal nach Amerika ziehen kann und so. Vom Vater aus, wegen der Firma. Aber sie haben gesagt, erst wenn ich ausgelernt bin.“

Leistung des Drop-Out-Faktors

Wenn auch die vorliegende Berechnung einen guten Überblick über die Drop-Out-Gefährdung geben kann, weist sie dennoch Schwächen auf. Nicht anders ist zu erklären, warum Desiree, 19, die, da sie eine Ausbildung abgeschlossen hat, im oben definierten Sinn nicht zur Gruppe der Drop-Outs zu zählen ist und als „Gegenprobe“ in die Untersuchung aufgenommen wurde, einen Drop-Out-Faktor von 31,8 erreicht. Sie liegt damit im Mittelfeld, dabei sollte ihr Wert gegen Null tendieren. Hier wird deutlich, dass für eine verfeinerte Darstellung der Drop-Out-Gefährdung noch weitere Kriterien, z.B. aus dem Bereich der Leistungsmotivation nach Atkinson, berücksichtigt werden müssen.

Diese Schwächen sollen die Aussagekraft des Drop-Out-Faktors keineswegs beeinträchtigen. Die eigentliche Leistung der Berechnung liegt letztendlich in der Analyse der einzelnen Lebensbereiche und ihrer Wirkung auf den Drop-Out-Faktor. Denn so ist es möglich, die tatsächlichen Defizite der Jugendlichen

ausfindig zu machen und in maßgeschneiderten Programmen auf ihre Bedürfnisse einzugehen.

Dies erscheint nicht nur aus Sicht der Wirtschaft notwendig, die dringend Fachkräftenachwuchs benötigt. Es liegt in der Verantwortung der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass auch Drop-Outs ihre Lebensziele realisieren können. Denn aus Sicht der Jugendlichen haben nur Berufstätige echte Perspektiven, weil „die wissen, wie's weiter geht.“ (Alexander, 19).

Ingrid Kern-Homolka

Anmerkungen

- 1 vgl. Steiner/Lassnigg, 2000, S. 3
- 2 vgl. AMS, 2006a; AMS, 2006b; AMS OÖ, 2006
- 3 vgl. Nowak/Schneeberger, 2005, S. 36f
- 4 Alle Namen wurden anonymisiert
- 5 Krems, 2004.
- 6 vgl. Hurrelmann, 1993, S. 107, Mansel, 1993, S. 38
- 7 vgl. Knapp/Hofstätter/Palank, 1989, S. 28 f; Hurrelmann, 2005, S. 113
- 8 vgl. Lachmayr/Schlögl, 2004, S. 2
- 9 vgl. Dyk/Perfahl/Rami/Stelzer-Orthofer, 2003, S. 92

Literatur

- AMS Arbeitsmarktservice (2006a): Arbeitsmarktdaten. <http://www.ams.or.at> (2006-05-31).
- AMS Arbeitsmarktservice (2006b): Arbeitsmarktdaten. <http://iambweb.ams.or.at/> (2006-05-31).
- AMS OÖ (2006): Margarete Mitterhumer und Paula Fischer, Gespräche 12. und 20. Juni 2006.
- Dyk, Irene / Perfahl, Cathrin / Rami, Ursula / Stelzer-Orthofer Christine (2003): Probleme österreichischer Jugendlicher bei der Lehrstellensuche. Eine exemplarische Untersuchung arbeitsplatzrelevanter Jugendprobleme

- im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen in den oberösterreichischen Bezirken Linz, Gmunden, Perg und Vöcklabruck. Projektbericht, Linz.
- Hurrelmann, Klaus (1993): Einführung in die Sozialisations- und Erziehungstheorie: Über den Zusammenhang von Sozialstruktur und Persönlichkeit. 4. überarb. und erg. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz.
- Hurrelmann, Klaus (2005): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 8. Auflage. Weinheim/München: Juventa.
- Knapp, Ilan / Hofstätter, Maria / Palank, Franz (1989): Drop-Outs – Jugendliche nach dem Schulabbruch. Wien / Stuttgart / Bern: Verlag Orac.
- Krems, Burkhardt (2004): Die Nutzwertanalyse. http://www.olev.de/n/nwa-kurz.htm#_ftnref2 (14.6.2006).
- Lachmayr, Norbert / Schlögl, Peter (2004): Motive und Hintergründe von Bildungswegentscheidungen in Österreich – Eine repräsentative Querschnittserhebung im Herbst 2003. http://www.arbeiterkammer.com/pictures/d18/Resuemee_der_Studie.pdf (29.6.2006).
- Mansel, Jürgen (1993): Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit. Soziale Lage, Arbeitsbedingungen und Erziehungsverhalten der Eltern im Zusammenhang mit dem Schulerfolg des Kindes. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE). 13. Jahrgang, Heft 1, S. 36 – 60.
- Nowak, Sabine / Schneeberger, Arthur (2005): Lehrlingsausbildung im Überblick. Strukturdaten zu Ausbildung und Beschäftigung (Edition 2005). Bildung & Wirtschaft Nr. 33. Wien: IBW Institut für Bildungsforschung und Wirtschaft. <http://www.ibw.at/html/buw/BW33.pdf> (3.9.2005).
- Steiner, Mario / Lassnigg, Lorenz (2000): Schnittstellenproblematik in der Sekundarstufe. In: Erziehung und Unterricht, Nr. 9/10 2000, S. 1063-1070. <http://www.equi.at/pdf/Schnittstellen.pdf> (21.4.2006).

IHS: Jährlich ca. 7.500 "Drop-Outs"

Auf die so genannten "Drop-Outs" als spezielle Problemgruppe auf dem ohnedies schon schwierigen Arbeitsmarkt für Jugendliche und junge Erwachsene hat Ende Oktober das Institut für Höhere Studien (IHS) aufmerksam gemacht. Pro Jahr gebe es rund 7.500 (unfreiwillige) Aussteiger aus dem Schulsystem bzw. aus dem Arbeitsmarkt im Alter von 15 bis 24 Jahren. Das IHS verlangt mehr längerfristige Maßnahmen, die es den Jugendlichen ermöglichen sollen, das Erlernen wesentlicher Kulturtechniken (Lesen, Schreiben und Rechnen) nachzuholen. Von der IHS-Definition werden nur Personen erfasst, die keinen höheren Abschluss als die Pflichtschule haben.

"Mit einem dreiwöchigen Bewerbungstraining durch das AMS ist jedenfalls nicht viel erreicht", sagte IHS-Experte Mario Steiner bei der Präsentation der Studie. Individuelles Coaching und mehr Kurse, um den Hauptschulabschluss nachzuholen, wurden als geeignete Maßnahmen genannt, um die betroffenen jungen Erwachsenen wieder ins System zu holen. Defizite sieht das IHS vor allem in der institutionellen Unterstützung des Übergangs vom Bildungssystem in die Berufswelt.

Insgesamt hat Österreich im Europa-Vergleich derzeit zwar "nur" eine Jugendarbeitslosenquote von

10,3 Prozent und liegt damit nur hinter Irland und Dänemark. In den vergangenen fünf Jahren hat sich allerdings in Österreich die Quote beinahe verdoppelt (2000: 5,3%). "Jugendarbeitslosigkeit bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, im späteren Leben auch arbeitslos zu sein, viel höher ist", unterstrich IHS-Chef Bernhard Felderer. Drop outs haben ein beinahe doppelt so hohes Risiko, arbeitslos zu sein, als gut qualifizierte gleichaltrige Jugendliche.

Die IHS-Untersuchungen zeigen, dass das Phänomen der "Drop-Outs" stark mit vier Faktoren korreliert: Jugendliche in der Stadt haben ein doppelt so hohes Risiko, aus dem System herauszufallen, wie Jugendliche am Land. Das Drop-Out-Risiko von Jugendlichen, die aus Nicht-EU-Ländern stammen, ist mehr als vier Mal so hoch wie jenes von nicht zugewanderten österreichischen Jugendlichen. Der Umstand, dass die Eltern arbeitslos sind, verdreifacht das Risiko, zum Drop-out zu werden. Und Sprösslinge von als "bildungsfern" eingestuften Eltern schauen mehr als fünf Mal so oft durch die Finger wie Kinder von Eltern mit Maturaabschluss oder noch höherer Bildung. "Ein Drop-Out zu sein, vererbt sich bis zu einem gewissen Grad", resümierte IHS-Forscher Steiner.

Quellen: www.orf.at, 30.10.2006; www.derStandard.at, 30.10.2006

Leben mit und ohne Behinderung

Die Ausstellung "Wert des Lebens" im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim wird gegenwärtig aktualisiert und im Frühjahr 2007 neu eröffnet.

"Da schaut man nicht hin', mahnt die Mutter das Kind, wenn ihnen auf der Straße ein behinderter Mensch begegnet." (Radtke 2001, S 138). Aber gerade dieses Angestarrt-Werden bezeichnen Menschen mit Behinderung als eine sehr zentrale Erfahrung ihres Behindert-Seins. (Boog 2005, S 98) Eine Ausstellung ist ein Ort des Hinschauens und die Fotos von Menschen mit Behinderung werden zwangsläufig zum Objekt der Neugierde. Anders als früher in so genannten Freakshows soll die Ausstellung der Sensibilisierung und Aufklärung gegenüber den Lebenslagen und Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung dienen und somit eine Weggefährtin echter, unsentimentaler Inklusion werden.

Die Aktualisierung hat zum Ziel ...

Durch die überwältigende Resonanz und die ständige Weiterentwicklung in der Diskussion und im Gesetz bedarf der Themenbereich "Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft" in der Dauerausstellung einer umfassenden Aktualisierung: einerseits um eine hohe pädagogische Qualität und die inhaltliche Aktualität zu garantieren, andererseits geht es uns auch darum, die Ausstellungsinhalte für Menschen mit Behinderung zugänglich zu gestalten.

Die Neugestaltung des Bereichs „Leben mit Behinderung“ verfolgt das Ziel, das Thema „Leben mit und ohne Behinderungen“ möglichst konkret erfahrbar zu machen. Sieben Personen mit Behinderung gewähren durch das Medium Foto direkte Einblicke in persönliche Lebensumstände: erlauben Nähe, wahren Distanz. Die Ausstellung wird so auch zu einem Sprachrohr für aktuelle Forderungen und Probleme behinderter Menschen.

Ziel ist es darzustellen, dass sich die Lebensvorstellungen und -wünsche von behinderten Menschen nicht wesentlich von nicht-behinderten Menschen unterscheiden. Eine Beeinträchtigung bedeutet oft nur eine Adaption der Umwelt auf spezifische Bedürfnisse. Menschen, die mit einer Beeinträchtigung leben, stoßen auf viele Barrieren im Alltag: Stufen, Vorurteile, schwierige Sprache, ungesicherte Baustel-

len, Verständnislosigkeit, Kommunikationsschwierigkeiten, Ausgrenzung. Mit einer Behinderung zu leben kann zu Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung führen.

Die neuen Inhalte ...

Durch den Hinweis auf die den Biowissenschaften inhärente Leitvorstellung einer schmerz- und leidfreien Gesellschaft (und der damit implizierten Frage nach dem Wert kranken oder behinderten Lebens) in den vorangehenden Räumen wird die Verbindung mit dem Ausstellungsbereich „Leben mit und ohne Behinderungen“ geschaffen, der die zuvor theoretisch angesprochenen Probleme auf die konkrete Ebene betroffener Menschen transferiert. Dieser Wechsel der Perspektive wird eingeleitet durch die Darstellung der Menschenrechte, die unteilbar sind und für alle Menschen gleichermaßen gelten.

Die folgenden Ausstellungsräume informieren die BesucherInnen über Lebenslagen im Alltag und am Arbeitsmarkt. Es werden positive Beispiele von Erfolgen in der Gleichberechtigung und der Partizipation wie auch negative Exempel in der Ausstellung präsentiert. Die Präsentation erfolgt mit Hilfe von Interviewbeiträgen, Kunstfotografien, Begleitfilmen sowie interaktiven Elementen und informiert über Lebens- und Arbeitssituationen, über die Inanspruchnahme von Assistenzdiensten, therapeutischen und sozialen Leistungen. Nicht die Art der Beeinträchtigung steht im Vordergrund, sondern die Vielschichtigkeit und Vielfältigkeit von Lebensentwürfen. Auf verschiedenen Ebenen werden die BesucherInnen mit den Themenbereichen Behinderung, Beeinträchtigung, Diskriminierung und Gleichstellung sowie Gleichberechtigung konfrontiert.

Einige der vielen Gründe für diese Ausstellung ...

In der Mediengesellschaft, in der wir leben, sehen wir täglich computergeschönte und normierte Körper utopischer Wunschvorstellungen. Wer entspricht dem Idealbild eines Menschen? Eigentlich fast niemand, da es eine konstruierte Wirklichkeit ist.

Wenn über Menschen mit Behinderung berichtet wird, soll die reale Welt – nicht eine Erhöhung oder Erniedrigung – im Vordergrund stehen. Besonders eine Polarisierung zwischen der Glorifizierung außergewöhnlicher Menschen (z.B. Stephen Hawking, Stevie Wonder, Einbeiniger am Annapurna) einerseits und der Darstellung eines hilfsbedürftigen und geschlechtslosen Wesens (Kind mit Kulleraugen im Roll-

stuhl) andererseits ist meines Erachtens besonders kritisch. (vgl. Wilflingseder 2005, S 63)

“Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.” (Luhmann, N. 1996) Für viele nicht-behinderte Menschen ist der Umgang mit Behinderung ungewohnt. Manche reagieren hilflos, mitleidig oder peinlich berührt, wenn sie mit einer für sie “schrecklichen” Beeinträchtigung konfrontiert werden. Diese Unfähigkeit, mit einer Situation umzugehen, manifestiert sich auch in den Medien, Bildern und der Sprache.

Einblicke in verschiedene Lebenswirklichkeiten ...

Eine eindimensionale, verallgemeinernde Verwendungsweise von bestimmten Motiven in den Medien beeinflusst die gesellschaftliche Bedeutung von Behinderung. Ziel der AusstellungsmacherInnen ist es, ein vielschichtiges Bild von Menschen mit Behinderung zu zeichnen. Die Fotoausstellung fördert das Hinsehen und erlaubt dem/der BetrachterIn Nähe. Gleichzeitig bleibt die Distanz gewahrt, da die persönlichen Lebenslagen unserer ProtagonistInnen ein Geheimnis bleiben. Durch die Einblicke in verschiedene Lebenswirklichkeiten wie Arbeit, Bildung und Assistenz wird die Reduzierung auf das Merkmal Behinderung vermieden. Informationen rund um ein Leben mit Behinderung sowie Erfahrungsberichte verschiedener Menschen machen bewusst, dass Menschen mit Behinderung eine höchst differenzierte Personengruppe sind, deren Bedürfnisse, Ziele und Forderungen sehr verschieden sind.

*Angela Wegscheider
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik
Johannes Kepler Universität Linz*

Literatur

- Boog, S.: Visuelle Rhetorik, S 98–100, in: Firlinger, B. et al. (Hrsg.): MAINual, Wien. 2005
- Radkte, P.: Seht her ich bin's, S 137–144, in: Stiftung Deutsches Hygiene-Museum (Hrsg.): Der Imperfekte Mensch, Dresden. 2001
- Luhmann, N.: Die Realität der Massenmedien, Wiesbaden 1996
- Wilflingseder, T.: Keine Wunderwuzzis, keine Armutskerl, S 63–65, in: Firlinger, B. et al. (Hrsg.): MAINual, Wien. 2005



Die Ausstellung thematisiert unter anderem den Arbeitsalltag von Menschen mit Behinderung, wie hier am Beispiel eines in einer Wiener Buchhandlung Beschäftigten mit Downsyndrom. Fotos: Dietrich Sattmann

Eine Lobby für arbeitslose Menschen

Die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen wird seit vielen Jahren auch in Österreich immer größer. Der selbst auferlegte Druck, aber auch der Druck von außen steigt. Daher werden immer häufiger Stimmen laut, die eine Art Interessenvertretung für arbeitslose und Arbeit suchende Menschen fordern. In einer neuen Studie wurden mehr als 500 Betroffene mittels Fragebogen sowie 30 ExpertInnen in Oberösterreich nach ihren Wünschen und Vorstellungen dazu befragt.

Die Fragebogenerhebung verdeutlicht, dass sich Arbeitslosigkeit in vielen Lebensbereichen negativ auswirkt, unabhängig davon, ob jung oder alt, Mann oder Frau, gesund oder krank, ob erstmals oder mehrmals Arbeit suchend. Als schlimmste Auswirkung von Arbeitslosigkeit wird die Verschlechterung der ökonomischen Lage genannt: Für mehr als 80 Prozent der 519 Befragten sind „finanzielle Einbußen“ prägnant. Aber auch Zukunftsängste, Verlust von Sicherheit, Langeweile, Vorurteile von anderen, gesundheitliche Probleme sowie das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, zählen bei vielen zu arbeitslosigkeitsbedingten negativen Erfahrungen. Dem Arbeitsmarktservice wird von den Betroffenen mehrheitlich ein positives Zeugnis ausgestellt, knapp zwei Drittel sind mit der Betreuung „im Großen und Ganzen“ zufrieden. Dennoch wünscht sich ein gleich hoher Anteil von Befragten zumindest manchmal „eine vom AMS unabhängige Person“, die beim Durchsetzen von Rechten

behilflich zur Seite steht. Noch deutlicher wird dieses Anliegen bei der konkreten Frage, ob es eine unabhängige, überparteiliche Interessenvertretung für arbeitslose Menschen geben soll. Drei Viertel der befragten arbeitslosen und Arbeit suchenden Menschen halten die Errichtung einer derartigen Arbeitslosen-anwaltschaft für geboten. Der Wunsch nach einer Interessenvertretung nimmt mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sowie mit steigendem Lebensalter zu und ist auch in Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand der arbeitslosen Menschen zu sehen. Dies kann gegebenenfalls auch durch einen erhöhten Druck von Seiten des AMS auf längerfristig arbeitslose sowie auf ältere und/oder kranke Menschen erklärt werden.

Erwartungen der Betroffenen

Für eine Realisierung einer Arbeitslosen-anwaltschaft ist es wichtig zu wissen, welche Erwartungen von Seiten der Betroffenen an sie gestellt werden. Aus Sicht der ProponentInnen sollte eine Arbeitslosen-anwaltschaft unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen: Sie sollte Interessen formulieren und daher als Sprachrohr für die Gruppe arbeitsloser Menschen mit ihren gemeinsamen, aber auch individuellen Problemen fungieren. Sie sollte Interessen vertreten und Lobbying für die Betroffenen betreiben. Sie sollte Rechte wahrnehmen und im Bedarfsfall stellvertretend tätig werden können. Sie soll Anlauf- und Auskunftsstelle sein und durch die Einbeziehung und Mitbestimmung vieler Betroffener Selbstinitiativen stärken und demokratische Prozesse ermöglichen.¹

Von den befragten arbeitslosen Menschen wird als wichtigste Aufgabe einer Arbeitslosen-anwaltschaft die *Beratung in Problemsituationen* angesehen. Die Anwaltschaft hätte hier die Funktion einer Informati-

Untersuchung der Problemlagen arbeitsloser Menschen

Die Studie mit dem Titel „Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich“ wurde vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Universität Linz im Auftrag des Sozialreferats des Landes Oberösterreich erstellt. Ziel war es, die Lebenssituation von arbeitslosen bzw. Arbeit suchenden Menschen zu erfassen. Neben Betreuungsdefiziten sollte auch der Wunsch nach und die Akzeptanz einer Arbeitslosen-anwaltschaft erhoben werden. Für die Erhebung wurde ein Mix aus quantitativen und

qualitativen Methoden gewählt. Insgesamt konnten 519 arbeitslose Menschen aus ganz Oberösterreich mittels standardisiertem Fragebogen einbezogen werden. Zudem wurden Interviews mit 30 ExpertInnen aus Politik, Verwaltung und Sozialbereich sowie mit 50 von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen geführt.

Stelzer-Orthofer Christine/Kranewitter Helga/Kohlfürst Iris (2006): Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität Linz, unveröff. Projektbericht

onsdrehzscheibe. Ein weiterer großer Anteil wünscht sich die Vertretung in Rechtsangelegenheiten, Auskunft bei spezifischen Problemlagen sowie die Begleitung zum AMS in Konfliktfällen. Im Gegensatz zu den interviewten ExpertInnen wird Lobbyingarbeit von den Betroffenen weniger häufig als zentrale Aufgabe betrachtet.

Die Sicht der ExpertInnen

Wiewohl erwartet wurde, dass sich die interviewten ExpertInnen aus Politik, Kammern, Sozialvereinen, der öffentlichen Verwaltung, dem AMS sowie aus anderen Sozialversicherungsträgern etwas skeptischer zu einer neuen Institution äußern, zeigen sich auch hier *weitgehend positive Signale*. Lediglich einige wenige sprechen sich explizit gegen eine Arbeitslosen-anwaltschaft mit dem Hinweis darauf aus, dass das bestehende Angebot durch AMS und Sozialvereine ausreiche, „wenn jemand bemüht ist, tatsächlich Arbeit zu bekommen.“ Auch wenn sie dem Grunde nach die Bemühungen unterstützen, werden von einigen Interviewten Bedenken hinsichtlich der Erwartungshaltung der Betroffenen und den zu realisierenden Möglichkeiten geäußert: „Es wird dieser Arbeitslosen-anwaltschaft nicht anders gehen als den Mitarbeitern des AMS. (...) Diese Ungerechtigkeit passiert ja in 99,9 Prozent der Fälle nicht aus Bösartigkeit, sondern halt aus rechtlicher Handhabung. (...) Diese Anwaltschaft wird eine ziemlich zahnlose Institution sein, wünschen täten wir uns es sicherlich aus der Sicht der Arbeitslosen, wenn es so etwas geben würde, aber dann müsste das einen Stellenwert haben, dass die Politik darauf Rücksicht nehmen muss. Und das kann man mit einer Anwaltschaft meines Erachtens aus der jetzigen Sicht nicht erreichen.“ Auch ein anderer – im

AMS beschäftigter – Experte sieht dies ähnlich, wenn er meint, dass das AMS nicht willkürlich „grauslich“ ist, sondern aufgrund von gesetzlichen Vorgaben und Zielen agiert. Er, der sich selber als „diesen Dingen gegenüber sehr offen“ bezeichnet, wendet allerdings ein, dass er, da es sich um nationalstaatliche Gesetze handelt, von einer Arbeitslosen-anwaltschaft auf Landes- oder Regionalebene nichts hält, da diese die Probleme nicht lösen kann, außer „man sammelt diese Widersprüche auf operativer Ebene auf und sammelt diese ein und lässt sie einwirken im Nationalrat, im Parlament, dass man Bundesgesetze so ausformuliert, dass sie friktionsfreier und widerspruchsfreier werden.“ Am ehesten skeptisch sind MitarbeiterInnen des AMS, der Wirtschaftskammer sowie von Landes- und Bezirksverwaltungsbehörden. Die meisten ExpertInnen aber befürworten eine Arbeitslosen-anwaltschaft nachdrücklich, stufen das Anliegen als wichtig und nützlich ein, halten den Bedarf für gegeben und glauben, dass „es Sinn machen würde“, da die spezifischen Interessen arbeitsloser Menschen oft zu kurz kämen: „Nicht selten ist erkennbar, dass die Interessen arbeitsloser Menschen mangels konsequenter Vertretung (...) unter dem Titel ‚effiziente Umsetzung von AMS-Maßnahmen‘ geopfert werden.“

Christine Stelzer-Orthofer/Helga Kranewitter

Anmerkung

- 1 Siehe dazu Winkler Christian (2006): „Arbeitslosen-anwaltschaft“. Überlegungen zur Errichtung in Oberösterreich. In: Stelzer-Orthofer Christine (Hg.): Arbeitsmarktpolitik im Aufbruch. Herausforderungen und innovative Konzepte. Wien, S 296-311

Prekäre Arbeitsverhältnisse in Italien

Auf italienisch nennt man sie „precari“: das Heer von Leiharbeitern, Teilzeitbeschäftigten, Mitarbeitern mit zeitlich befristeten Verträgen sowie alle anderen, die mit unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind. Sie stellen mittlerweile rund neun Prozent der italienischen Beschäftigten dar.

Die organisierten „precari“ Italiens feierten dieses Jahr in Rom den *„Estate Precaria“*, den *„Sommer der Prekären“*. Nach Veranstaltungen verschiedenster Art

– Versammlungen, Konzerte, Theater- und Filmaufführungen – folgte Ende Juni eine „Pop-Parade“, bei der eine aus selbstorganisierten Gruppen von „precari“, gewerkschaftlichen Basisorganisationen, selbstverwalteten Jugendzentren, aus Studentenkollektiven, Migrantenvereinen und Organisationen von Obdachlosen bunt zusammengesetzte Menschenmenge begleitet von rhythmischen Klängen durch Rom zog. Kernpunkte der Forderungen der „precari“ sind die Abschaffung des Gesetzes *„Pacchetto Treu“* (*Treu-Gesetz*) zur Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse und des *„Biagi-Gesetzes“* sowie die Einführung eines „gesellschaftlichen Einkommens“, d.h. einer Art Grundsicherung für Erwerblose. Denn bislang gibt es in Italien, wie Toni Stengl in sei-

nem Beitrag für die deutsche Tageszeitung Junge Welt berichtet, zwar Abfindungen bei Entlassungen, die sich nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit richten, sowie verschiedene Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, aber keinerlei kontinuierliche Unterstützung für alle Erwerbslosen.

Mit dem „Treu-Gesetz“, das bereits 1997 unter dem Linksdemokraten Massimo d'Alema in Kraft trat, wurden zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet. Das „Biagi-Gesetz“ wurde 2003 unter der Berlusconi-Regierung eingeführt. Neu war daran die Legalisierung von Leiharbeit, die in Italien bis dahin verboten war. Agenturen wie Adecco und Manpower verleasen seither Arbeiter „auf unbestimmte Zeit“. Für diese Beschäftigten existiert keinerlei Kündigungsschutz. Wird von der Verleihfirma kein neuer Job für einen Beschäftigten gefunden, bekommt er lediglich einen sogenannten „Disponibilitätsbeitrag“ (indennità di disponibilità) von 350 Euro im Monat. Die Zahl der Vollzeitjobs wurde durch diese Entwicklung reduziert, die der prekären Arbeitsverhältnisse hat hingegen zugenommen.

Durchschnittslöhne für prekär Beschäftigte gesunken

Seit Jahrzehnten existieren eigenständige Organisationen der „precari“. 1998 gründete der Gewerkschaftsverband CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) zudem die Einzelgewerkschaft NIDIL. Die Abkürzung steht für „Nuove Identità di Lavoro“ und bedeutet „in ihrem Wesen neue Arten der Arbeit“. Laut NIDIL sind über neun Prozent der Beschäftigten

in Italien in prekären Arbeitsverhältnissen tätig. Nur 21 Prozent von ihnen sind jünger als 30 Jahre – die Jobs sind also keineswegs Übergangsarbeiten für junge Menschen, wie häufig vermutet wird, betont Junge Welt-Redakteur Stengl. 48 Prozent der Betroffenen sind Frauen, während von den Fixangestellten nur 36 Prozent weiblich sind.

Die Durchschnittslöhne für prekäre Arbeit sind in den vergangenen Jahren nicht nur real, sondern sogar nominell gefallen. 2003 verdiente man hier im Durchschnitt 12.938 Euro brutto im Jahr, 2004 waren es nur noch 10.880 Euro. Für Frauen liegt der Durchschnittslohn in diesem Bereich noch um einiges niedriger, nämlich bei 6.700 Euro jährlich. NIDIL fordert deshalb die Streichung des „Biagi-Gesetzes“, die Rückkehr zu regulären Tarifverträgen und die Gleichstellung der Prekären mit den Festangestellten. Schließlich würden 91 Prozent der „precari“ seit mindestens drei Jahren beim gleichen Unternehmen arbeiten, argumentiert die Gewerkschaft. 2005 hatte rund ein Drittel der Neueingestellten einen „flexiblen“ Arbeitsvertrag. 46 Prozent der unbefristet Beschäftigten sind in den vergangenen zwei Jahren zu Mitarbeitern mit Zeitvertrag geworden. Entgegen den Behauptungen der italienischen Regierung sind die Gesetze „Biagi“ und „Treu“ somit keine Sprungbretter zu einer festen Arbeit, so Toni Stengl, sondern das genaue Gegenteil.

Quelle: Toni Stengl: Sommer der Prekären, in: Junge Welt, 15.08.2006

Armut und Obdachlosigkeit in Japan

Das Ausmaß der Armut ist in Japan im Vergleich zu anderen Industriestaaten immer noch gering, aber das Problem ist seit ca. 15 Jahren im Steigen begriffen. Nach Schätzungen von sozialen Organisationen hat sich die Zahl derer, die unter freiem Himmel schlafen, in den vergangenen zehn Jahren etwa verfünffacht. Doch die erfolgsverliebte japanische Gesellschaft versucht das Problem nach wie vor zu verdrängen.

Die Straßenzeitung „The Big Issue“ trägt seit dem Jahr 2003 dazu bei, das Schweigen über die Probleme

matik zu brechen. Das Projekt unterstützt Obdachlose dabei, sich selbst zu helfen. In einer kleinen Wohnküche im Norden Tokios, die als Büro dient, werden die Verkäufer morgens mit grünem Tee begrüßt. Draußen bricht die Hektik in der größten Stadt Asiens an und im Stadtzentrum werden die Großbildschirme mit Werbung eingeschaltet. Drinnen unterhalten sich die Männer, die ihre Nacht im Bahnhof, im Park oder auf der Straße verbracht haben. Sie stellen sich Ron Steinke, dem Reporter von Junge Welt, mit japanischer Freundlichkeit und Verbeugung vor.

Obdachlosigkeit trifft in Japan fast ausschließlich Männer. Auch unter den Verkäufern des Big Issue befinden sich nur zwei Frauen. Viele der Männer waren ihr Leben lang Tagelöhner, kamen für große Bauprojekte wie die Olympiade 1964 nach Tokio und finden im Alter keine Arbeit mehr.

Bis zum Zusammenbruch der japanischen Börse im Jahr 1992 gab es kaum Arbeitslosigkeit, ein staatliches Sozialsystem wurde entsprechend wenig entwickelt. „Selbst wenn die Wirtschaft wieder anspringt, werden wir zu alt sein“, sagt Mori-San, einer der Betroffenen, im Gespräch mit Steinke. „Die Regierung hat gewusst, dass das passieren wird, aber trotzdem für uns kein Rentensystem organisiert.“ Neben ehemaligen Tagelöhnern landen zunehmend Menschen auf der Straße, die zuvor in einer der großen Firmen im Büro gearbeitet haben.

Wachsende soziale Kluft

Diese Armut wird in der japanischen Öffentlichkeit selten thematisiert. Als der Wirtschaftsprofessor Toshiaki Tachibanaki aus Kyoto im Jahr 1998 über die wachsende Kluft zwischen den Einkommensgruppen in Japan (gemessen mittels Gini-Koeffizienten) schrieb, war ihm noch entgegengehalten worden, dass die Einkommensungleichheit in Japan immer noch im Durchschnitt der OECD-Staaten liege. Inzwischen hat sich dieser Einwand erübrigt. In der ehemals relativ homogenen japanischen Gesellschaft sind die Einkommensunterschiede inzwischen fast so hoch wie in den USA und so stark entwickelt wie in kaum einem anderen OECD-Staat.

Erst seit wenigen Jahren veröffentlicht die Regierung realistische Zahlen über die Obdachlosigkeit im Land. Diesen Zahlen zufolge schlafen in Japan täglich rund 26.000 Menschen unter freiem Himmel, 6.000 davon allein in Tokio. Dabei sind Menschen, die in Notunterkünften schlafen und hierzulande gleichfalls als wohnungslos gelten würden, in diesen Zahlen gar nicht enthalten. Ministerpräsident Junichiro Koizumi spricht von den Obdachlosen als der „Gruppe mit der schlechtesten Bildung“, die auf der untersten Stufe der japanischen Gesellschaft stünde.

Abseits der Wohlstandsgesellschaft

Das Projekt The Big Issue Japan entstand vor zwei Jahren in Osaka. Die Metropole im Westen Japans ist tagsüber, wenn die Leute aus dem Umland zur Arbeit kommen, mit 17 Millionen Menschen die zweitgrößte Stadt des Landes. Nachts bleiben davon knapp drei Millionen zurück.

Am südlichen Rand des wohlhabenden Stadtkerns liegt Kamagasaki, Japans größter Slum. Schätzungsweise 30.000 Tagelöhner leben dort, jeder Zehnte schläft auf der Straße. Der Altersdurchschnitt liegt bei 60 Jahren, Kinder gibt es kaum noch. „Kamagasaki stirbt“, sagt der amerikanische Fotograf Shannon Higgins, der das vergangene Jahrzehnt im Slum doku-

mentiert hat. Er erzählt Ron Steinke, wie er an einem Wintermorgen einen obdachlosen Mann auffand, der offenbar erstochen worden war. „Ich musste 30 Minuten lang auf die Polizei warten – an einer Stelle, die von der Polizeiwache drei Minuten entfernt ist. Als er eintraf, trat der Polizeibeamte erst mal den am Boden liegenden Toten. Er wollte sehen, ob der Mann nicht schläft.“

Die Stadtverwaltung Osakas hält sich aus den Problemen in Kamagasaki weitgehend heraus. Die Yakuza hingegen, die japanische Mafia, unterhält hier etwa 90 Büros. Durch ihre halblegalen wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten sind die Verbrechersyndikate mit der gesellschaftlichen Elite verflochten. In der Form von Firmennamen finden sich die Namen der großen Syndikate auf Türschildern und im Telefonbuch. So ist es der Yakuza auch möglich, in Gebieten wie Kamagasaki quasi-staatliche Parallelstrukturen zu unterhalten.

Im Oktober 1990 kam es hier tagelang zu Straßenschlachten zwischen den Bewohnern und der Polizei, nachdem sich herausgestellt hatte, dass der örtliche Polizeichef eine Summe von umgerechnet 20.000 Euro dafür entgegengenommen hatte, dass er die Yakuza, die den morgendlichen Arbeitsmarkt der Tagelöhner beherrscht, unbehelligt ließ.

Als sich rund 200 empörte Tagelöhner, von deren Lohn die Yakuza rund 30 Prozent „Gebühr“ einbehält, vor der Polizeiwache versammelten, rief die Polizei 2.000 bewaffnete Kollegen herbei. Nach den Auseinandersetzungen wurde die Polizeiwache in Kamagasaki zu einer modernen Festung ausgebaut, in der sich 1.500 Polizisten zwei Wochen lang verschanzen können. Kamagasaki dürfte nun Steinke zufolge der erste komplett videoüberwachte Slum der Welt sein.

Zeltstädte in Parks

Auch in Tokio kann man sich noch an die Zeiten vor etwa zehn Jahren erinnern, als Obdachlose von der Polizei mit Gewalt vertrieben wurden. Am Westausgang des Bahnhofs Shinjuku schliefen Mitte der neunziger Jahre über 200 Menschen ohne Wohnung. Ihre Pappkartons bildeten eine lange Reihe entlang der Bahnhofspassage. Im Jänner 1996 räumte die Polizei die Passage gewaltsam. Die Stadt baute die Seiten der Bahnhofspassage mit einem Rollband für Fußgänger und einer dichten Reihe von Plastikskulpturen zu.

Trotzdem finden heute noch jede Nacht etwa 40 Männer Platz für einen Pappkarton oder ein Stück Plastikplane. Inzwischen lässt man die Schlafenden

im Bahnhof in Ruhe, solange sie morgens kurz vor fünf Uhr der Durchsage gehorchen und sich entfernen, bevor sie jemand sieht.

In Tokios Parks verschwinden die Wohnungslosen nicht bei Tagesanbruch aus dem Stadtbild. Hier sind in den letzten Jahren regelrechte Siedlungen entstanden, die von den Politikern geduldet und weitgehend ignoriert wurden. In den kleinen Zeltstädten haben sich kollektive Strukturen gebildet. Dazu gehört eine Art Dorfvorsteher, der gegenüber der Polizei als Gesprächspartner auftritt. Die Bewohner der Parks stammen ursprünglich aus allen gesellschaftlichen Schichten. Wer in eines der Zelte aus Holz und blauer Plane gebeten wird, kann dort Reihen ordentlich aufgestellter Bücher und Zeitschriften entdecken. Also vielleicht doch nicht alles Leute ohne Bildung....

Gegen die Pläne von Tokios Gouverneur Shintaro Ishihara, die Siedlungen in öffentlichen Parks zur „Wiederherstellung des Freizeitwerts“ aufzulösen, formiert sich seit dem Sommer des Vorjahres Widerstand unter den Wohnungslosen. Zwar sehen die Pläne des Gouverneurs eine Verlegung in städtische Notunterkünfte vor, dafür müssten die Betroffenen aber auf weitere staatliche Unterstützung verzichten, einschließlich der Krankenversicherung. Die Selbsthilfeorganisation „Koen-no-kai“ („Parkkollektiv“) setzt sich hingegen dafür ein, dass die Leute im Park bleiben können. Wer sich mit seinen Vorstellungen schließlich durchsetzt oder ob man sich zu einem Kompromiss durchringen wird, bleibt vorerst offen.

Quelle: Ron Steinke: Peinlich, arm und nicht vorgesehen, in: Jungle World 3/2006

Armutsgefährdung von Frauen in Österreich

Benachteiligung von Frauen bei der Entlohnung findet man in allen Berufsgruppen. Das Netzwerk KLARA! hat verschiedene Gleichstellungsmaßnahmen und –strategien initiiert, die zu mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern führen sollen.

Frauen stellen die Mehrheit der Bevölkerung und sind auch die Mehrheit in allen armutsgefährdeten Risikogruppen: Erwerbslose, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, MigrantInnen, Menschen in der Lebensmitte und alte Menschen. Dies konstatiert die Sozialwissenschaftlerin Marion Breiter in ihrem aktuellen Bericht über „Un-Equal Pay und Armutsgefährdung von Frauen in Österreich“ (Wien, 2006).

Veraltetes Rollenbild

Als einen der Hauptfaktoren für die Verarmungsgefahr ortet die Autorin verkrustete Strukturen und überkommene Rollenstereotype, die sich speziell in Österreich für Frauen fatal auswirken. Wer käme auf die Idee zu denken, dass ein veraltetes Mutterrollenbild die Armutstendenz stark vorantreibt? Aber in Österreich, so Marion Breiter, sollen Kinder am besten gar nicht mitbekommen, dass ihre Mütter beruf-

stätig sind. Darüber hinaus schlagen sich berufstätige Frauen noch immer mit dem Image der 'Dazuverdienterin' herum, ein doppelt abschätziges Etikett. Denn mangelnde Kinderbetreuungsangebote bei Kleinkindern, insbesondere auch bei Schulkindern, und die Überantwortung der – unbezahlten – Sorgearbeit an die Mehrzahl der Frauen lassen in Summe keine andere Wahlmöglichkeit zu als oftmals schlecht bezahlte Teilzeitjobs.

Die Armutsfaktoren lesen sich komplex und fatal zugleich: Neben den beiden bereits erwähnten Ursachen finden wir eine Benachteiligung der Frauen gegenüber den Männern bei der Entlohnung – und zwar in allen Berufsgruppen, beginnend schon bei den Lehrlingen. Insbesondere die sogenannten frauenty-

Bis zu 45% beträgt der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern in Österreich. Einer der Gründe dafür ist "hausgemacht": Frauen leisten den Großteil der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Familie. Männer beteiligen sich daran nur zu einem Viertel.
(Quelle: AK-Frauenbericht 2006, Lohnsteuerstatistik 2003)

www.netzwerk-frauenberatung.at/KLARA
ep.klara@netzwerk-frauenberatung.at

1 2 3 4

IWA ÖBB EQUAL KLARA!
Netzwerk für Equal Pay und Gendergleichstellung am Arbeitsmarkt

privat + sozialisation + freisetzung medienkreis gmbh ... tel 01406 50 73



pischen Tätigkeiten und die frauendominierten Branchen sind gesellschaftlich und finanziell stark abgewertet.

Mangelnde Absicherung im Alter

Eine nicht männliche Erwerbsbiografie – sprich Zeiten von Erziehungs- und Pflegeleistungen und Arbeitslosigkeit – bewirken durch die lohn- und beitragsorientierten Versicherungssysteme eine mangelnde Absicherung für Alter, bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit. Dieser Umstand fällt Frauen spätestens in der Pension auf den Kopf: Die mittlere Alterspension einer ASVG-versicherten Österreicherin betrug im Zeitverlauf von 1995 bis 2004 zwischen 47 und 56 Prozent der jeweils durchschnittlichen Männerpension. Damit liegt die Alterssicherungsleistung für Frauen rund um die Hälfte unter der von Männern.

Einen Zusammenhang, der kaum bemerkt wird, sieht die Autorin bei Trennungsversuchen von Frauen aus gewalttätigen Beziehungen: Die oftmals mitunter-schriebene Bürgschaft bei Krediten zieht langjährige finanzielle Lasten nach sich, auch wenn eine Trennung geglückt ist; oder eine Trennung wird genau aus diesem Grund eben verunmöglicht und der Aufbau eines unabhängigen Lebens liegt in weiter Ferne.

Zugewanderte verheiratete Frauen sind ebenfalls von Armut stärkstens bedroht: Wegen fehlender Möglichkeiten, eigenständige Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen zu erhalten, sind Migrantinnen von Ehemännern noch stärker abhängig. Gleichzeitig stellt Bedürftigkeit einen Ausweisungsgrund dar. Dies zeigt für Uma Höbel vom Verein Frauenservice Graz einmal mehr die Einseitigkeit und Ungerechtigkeit des bestehenden Sozialsicherungssystems.

Umfassende Lösungsmodelle gefragt

All diese Faktoren greifen komplex ineinander und stellen den Normalfall dar. Deshalb scheint es eines längeren Prozesses des Umdenkens und des Gegensteuerns zu bedürfen, um die Voraussetzungen für neue Wege zu einer gelingenden Geschlechterdemokratie zu schaffen.

KLARA! Netzwerk für Equal Pay und Gendergleichstellung am Arbeitsmarkt arbeitet an einem Weg dorthin, indem es die komplexen Zusammenhänge beschreibt und veröffentlicht, Weiterbildungen zum Thema "Abbau von Einkommensunterschieden" konzipiert und anbietet, eine Sensibilisierungskampagne zum Thema "bezahlte und unbezahlte Arbeit" organi-

siert, ein Mentoringprogramm für Frauen mit Migrationsgeschichte durchführt und Fokusgruppen zu Equal Pay und Gendergleichstellung aufbaut. In diesen werden gleichstellungspolitische Maßnahmen und Strategien von ExpertInnen in einem österreichweiten Forum diskutiert. Die Ergebnisse sollen – so die Intention der Projektbetreiberinnen – zur Verwirklichung von mehr Einkommensgerechtigkeit in Österreich beitragen.

Quelle: Uma Höbel/ Verein Frauenservice Graz für KLARA! Netzwerk für Equal Pay und Gendergleichstellung am Arbeitsmarkt

Webtipp

Als Recherche-Portal mit 42 verschiedenen Datenbanken bietet die Knowledgebase Erwachsenenbildung (www.adulteducation.at) eine breite Palette an Fachliteratur, Informationen zur Geschichte und Entwicklung der Erwachsenenbildung sowie Statistiken und Daten der Volkshochschulen und Weiterbildungsangebote.

Die international ausgerichtete Knowledgebase ist ein Recherche-Portal für alle in der Erwachsenenbildung Tätigen sowie für Forschende und Lernende.

www.adulteducation.at

Frauenrechte – Männerrechte– Menschenrechte?

Entwicklung und aktuelle Diskussion

Was bedeuten Frauenrechte heute? Welche Entwicklung haben sie mit der feministischen Bewegung genommen? Sind Frauenrechte ein Teil der Menschenrechte? Gibt es Frauenrechte und Männerrechte? Werden Frauenrechte heute besser geschützt oder stärker verletzt?

Diese und weiterführende Fragen sollen in einem eintägigen Workshop diskutiert und beantwortet werden. Der Workshop beschäftigt sich auch damit, was Männer und Frauen im Alltag tun können, um die Durchsetzung von Frauenrechten zu unterstützen. Problemfelder und Risiken, Frauenrechte zu verletzen, werden aufgezeigt.

Teilnahmebeitrag: EUR 50,-/für amnesty international-Mitglieder EUR 35,-
Trainerin: Mag. Karin Lukas
Termin: 3. Dezember 2006, 10.00–16.30 Uhr
Ort: Wiener Hilfswerk, Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien

Soziale Gerechtigkeit versus Eigenverantwortung?

Zur Neuadjustierung des Sozialstaates

Im Mittelpunkt der Tagung stehen zum einen Fragen nach den ethischen und normativen Grundlegungen des Sozialstaats sowie nach deren Veränderungen. Zum anderen geht es darum, welche Rolle dem Sozialstaat heute bei der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zukommt und welche Herausforderungen sich daraus – für den Sozialstaat, aber auch für eine kritische Sozialwissenschaft – ergeben.

Termin: 4. Dezember 2006, 12.30–19.00 Uhr
Ort: AK Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien
Anmeldung: Tel. 01/50165-2418, Fax DW 2478, Mail: sandra.emerling@akwien.at

Zuwanderung und Arbeitswelt

Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Studien zur Arbeiter/innenbewegung, Schwerpunkt: Zuwanderung und Integration“

In den Vorträgen von Zohreh Ali-Pahlavani und Michael Kollmer werden folgende Fragestellungen behandelt:

- Welche Stellung haben Zugewanderte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt?
- Wie werden sie vom österreichischen Arbeitsrecht behandelt?
- Welche Möglichkeiten zur Mitwirkung haben sie in gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen?

Konzept/Koordination: Paul Habr, Peter Ulrich Lehner
Termin: 5. Dezember 2006, 18.30 Uhr
Ort: Institut für Wissenschaft und Kunst, 1090 Wien, Berggasse 17

Bedarfsorientierte Grundsicherung

Soziale Hängematte oder solidarische Armutsbekämpfung?

Diskussionsveranstaltung mit dem Präsidenten der Arbeiterkammer Oberösterreich, Dr. Johann Kalliauer, und dem Politikwissenschaftler Univ.Prof. Dr. Emmerich Talos

Termin: 6. Dezember 2006, 18.00–20.30 Uhr
Ort: AK-Bildungshaus Jägermayrhof, Römerstr. 98, 4020 Linz

Bildungspolitische Orientierungen: Selbstbestimmung und/oder Arbeitsmarkt?

In der Erwachsenen- und Weiterbildung verspüren AnbieterInnen und TeilnehmerInnen die Notwendigkeit, auf sich stark verändernde Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Kompetenzentwicklung zu reagieren. Auf der individuellen Ebene werden Trends durch Schlagworte wie „Patchwork-Identität“ oder „Bastelbiografie“ charakterisiert, auf der bildungspolitischen Ebene geschieht dies durch die Anforderung, lebenslang zu lernen. Im Zentrum der Beiträge und der Diskussionen in den Arbeitsgruppen stehen Fragen individueller wie institutioneller Bildungsmotive oder Bildungsaufträge. Im Anschluss wird die Datenbank „Knowledgebase Erwachsenenbildung“ vorgestellt.

Zielgruppen: ErwachsenenbildnerInnen, Studierende, BildungspolitikerInnen, Interessierte
Wissenschaftliche Leitung: Dr. Antonia Kupfer; Dr. Franz Wagner
Termin: 7. Dezember 2006, 14.00 – 19.00 Uhr
Veranstaltungsort: Johannes Kepler Universität Linz, Hörsaal 9
Anmeldung/Information: Heidi Schütz, Tel: 0732/2468-8244, Fax DW 8243, Mail: heidi.schuetz@jku.at

China Blue

Made in China – 17 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche für 60 Euro im Monat

Der Film „China Blue“ von Micha X. Peled zeigt die harte Wirklichkeit hinter den Fabrikstoren der chinesischen Bekleidungsindustrie. Im anschließenden Filmgespräch mit Stefan Kerl (Clean Clothes-Kampagne) und Corina Handler (weltumspannend arbeiten) werden aktuelle Entwicklungen der internationalen Gewerkschaftsarbeit, der Clean Clothes-Kampagne und weitere Aktionsmöglichkeiten thematisiert.

Veranstalter: Südwind, Movimiento, weltumspannend arbeiten
Termin: 7. Dezember 2006, 19.00 Uhr
Ort: Movimiento Kino, Dametzstr. 30, Linz

Transnationale Formierung der Zivilgesellschaft

Gegenkräfte, Strategien und Probleme

Veranstaltung im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsreihe „Baustelle Soziales Europa. Zur transnationalen Formierung von Interessen“. Vorträge von Birge Krondorfer (Frauenhetz) und Rubia Salgado (MAIZ) zu „Transnationale Gouvernementalität. EU-Projekte zwischen ökonomischer Bürokratie und Innovationszwang“ sowie von Ulrich Brand zum Thema „Das ganz andere Europa. Gegen-Hegemonie als politische Strategie“.

Termin: 14. Dezember 2006, 18.30 Uhr
Ort: Institut für Wissenschaft und Kunst, 1090 Wien, Berggasse 17

Ende der Stagnation?

Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa

Die Veranstaltung soll Gelegenheit bieten, die Ursachen für die bisherige Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in Europa und mögliche Alternativen zur praktizierten Angebotspolitik zu thematisieren. In den Referaten wird untersucht, welche Handlungsmöglichkeiten den wirtschaftlichen Akteuren auf der Makroebene im europäischen und im nationalstaatlichen Rahmen zur Verfügung stehen, um ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen. Geklärt werden soll weiters, wie Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik aufeinander abgestimmt werden können, um die gesteckten Ziele zu erreichen, und welche institutionellen bzw. rechtlichen Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.

Termin: 18. Dezember 2006, 13.00 bis 18.00 Uhr und 19. Dezember 2006, 9.00 bis 13.00 Uhr
Ort: Gewerkschaft der Privatangestellten, Alfred Dallinger Platz 1, 1034 Wien
Anmeldung: irene.ziegler@akwien.at, Fax: 01/50165 2513

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453